

## TAGESORDNUNG

### ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Im Vorfeld wurden wieder sehr viele Stücke gemeinsam schon abgestimmt. Der Tagesordnungspunkt 1) wurde abgesetzt. Als beschlossen gelten die Stücke 2), 3), 4) a, b und c, d und e, f und g alle einstimmig. Das Stück 5) einstimmig, Stück 6) einstimmig, Stücke 8) einstimmig, Stück 12) einstimmig, ebenso die Stücke 16), 17), 18) und 19) gelten als beschlossen, ebenso Stück Nr. 20). Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, dass wir heute ein Zeitfenster eines nicht öffentlichen Stückes haben, wo es ja auch eine quasi Vollmacht für die Finanzdirektion gegeben hat für den Fall, dass diese Vollmacht sich von der Dimension her nicht ausgeht, ab 14.30 oder ab 14.00 Uhr würden wir dann dringend um die Einberufung eines Finanzausschusses dann ersuchen. Im Moment wissen wir aber die Zahlen noch nicht, der Finanzdirektor wird mich informieren.

2) Präs. 101930/2015/0001 (ZR261/15)      Schenkung aus dem Verlass OStR. Prof. Mag. Adolf A. Osterider

Der Stadtsenat und der Kulturausschuss stellen gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 16 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Schenkung aus dem Verlass des renommierten Künstlers OStR. Prof. Mag. Adolf A. Osterider, Bürger der Stadt Graz, wird zugestimmt.

3) A 8-021515/2006/0191  
A 23-030904/2013-0063

Ausführungsbeschluss:

- 1.) Optionsziehung Strom 2018
- 2.) Optionsziehung Gas 2017 und 2018
- 3.) Strom- und Gas-Beschaffungsstrategie  
Haus Graz 2.0
- Informationsbericht
- 4.) Potenzialerhebung übertragbarer  
Energieeffizienzmaßnahmen im Sinne  
des EEffG im Haus Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss und der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellen gemäß § 45 Abs. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idGF. den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Die GBG soll laut dem angeführten Motivenbericht die Option für die Verlängerung des Stromliefervertrages für das Lieferjahr 2018 für die Auftraggeber aus dem Haus Graz ziehen.
- 2.) Die GBG soll laut dem angeführten Motivenbericht die Option für die Verlängerung des Gasliefervertrages für die Lieferjahre 2017 und 2018 für die Auftraggeber aus dem Haus Graz ziehen.
- 3.) Die beiliegende Strom- und Gas-Beschaffungsstrategie für das Haus Graz in der vorliegenden Version 2.0 wird vom Gemeinderat genehmigt.

4) A 8/4-3758/2015  
A 8/4-37717/2014  
A 8/4-22297/2014  
A 8/4-12816/2013  
A 8/4-15315/2009  
A 8/4-11427/2009  
A 8/4-392/2011

Übernahme von ganzen Grundstücken  
und Grundstücksflächen in das öffentliche  
Gut der Stadt Graz  
Sammelantrag

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

A 8/4-3758/2015	Schwarzer Weg 13, 13a-c	156 m <sup>2</sup>	Abtretung
A 8/4-37717/2014	Neufeldweg 88	ca. 75 m <sup>2</sup>	Abtretung lt. Bescheid
A 8/4-22297/2014	Am Mühlgraben	ca. 862 m <sup>2</sup>	Geh- und Radweg
A 8/4-12816/2013	Am Weinhang	348 m <sup>2</sup>	Gehweg
A 8/4-15315/2009	Mantscha Waldweg	231 m <sup>2</sup>	Hangsanierung
A 8/4-11427/2009	Erdbergweg	ca. 22 m <sup>2</sup>	Hangsanierung
A 8/4-3892/2011	Mariagrüner Straße	59 m <sup>2</sup>	Elternhaltestelle

Die Übernahme der in den einzelnen Gemeinderatsanträgen detailliert angeführten Grundstücksflächen in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

4a) A 8/4-3758/2015

Schwarzer Weg 13, 13a – c –  
Straßenregulierung; Übernahme des  
Gdst.Nr. 313/2, EZ 3729, KG Webling, mit  
einer Fläche von 156 m<sup>2</sup>, in das  
öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Die Übernahme des 156 m<sup>2</sup> großen Gdst.Nr. 313/2, EZ 3729, KG Webling, welches aufgrund der Vereinbarung vom 13.2.2015 und der EntschlieÙung vom 24.4.2015 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç erworben wurden, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

4b) A 8/4-37717/2014

Neufeldweg 88 – bescheidmäßige  
Abtretung; Übernahme einer ca. 75 m<sup>2</sup>  
großen Tfl. des Gdst.Nr. 2519/5, EZ 1162,  
KG Jakomini

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Die Übernahme des ca. 75 m<sup>2</sup> großen Gdst.Nr. 2519/5, EZ 1162, KG Jakomini, welches aufgrund der Vereinbarung vom 29.7.2014 und der EntschlieÙung vom 23.3.2015 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

4c) A 8/4-22297/2014

Am Mühlgraben – Geh- und Radweg  
Übernahme von insgesamt ca. 862 m<sup>2</sup>  
großen Tfl. der Gdst.Nr. 24/1 (ca. 687 m<sup>2</sup>)  
und Gdst.Nr. 24/2 (ca. 175 m<sup>2</sup>), je EZ 542,  
KG Engelsdorf, in das öffentliche Gut der  
Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Die Übernahme von zwei insgesamt ca. 862 m<sup>2</sup> großen Tfl. der Gdst.Nr. 24/1 (ca. 687 m<sup>2</sup>) und Gdst.Nr. 24/2 (ca. 175 m<sup>2</sup>), je EZ 542, KG Engelsdorf, welche aufgrund der Vereinbarung vom 29.8.2014 und der EntschlieÙung vom 6.11.2014 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

4d) A 8/4-12816/2013

Am Weinhang – Gehweg  
Übernahme einer 348 m<sup>2</sup> großen Tfl. des  
Gdst.Nr. 686, EZ 140, KG Webling  
Weganbindung Am Weinhang/  
Kehlbergstraße

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Die Übernahme einer 348 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst.Nr. 686, EZ 140, KG Webling, welche aufgrund der Vereinbarung vom 21.7.2014 erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

4e) A 8/4-15315/2009

Mantscha Waldweg  
Hangsanierung  
Übernahme in das öffentliche Gut der  
Stadt Graz von mehreren Teilflächen im  
Gesamtausmaß von 231 m<sup>2</sup> in der KG  
Webling

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Die Übernahme der nachstehend angeführten Teilflächen im Gesamtausmaß von 231 m<sup>2</sup> in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt:

Gdst.Nr.	EZ	KG	m <sup>2</sup>
600	60	63125 Webling	5
598/1	61	63125 Webling	17
603/8	1474	63125 Webling	60
663/6	2657	63125 Webling	147
603/3	2815	63125 Webling	2

231 m<sup>2</sup>

4f) A 8/4-11427/2009

Erdbergweg  
Hangsanierung  
Übernahme in das öffentliche Gut der  
Stadt Graz einer ca. 22 m<sup>2</sup> großen  
Teilfläche des Gdst.Nr. 212/5, EZ 1212, KG  
Wetzelsdorf

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Die Übernahme einer ca. 22 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 212/5, EZ 1212, KG Wetzelsdorf, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

4g) A 8/4-3892/2011

Dr.-Stichl-Weg – Mariagrüner Straße  
Errichtung einer Elternhaltestelle  
Übernahme in das öffentliche Gut der  
Stadt Graz einer 59 m<sup>2</sup> großen Teilfläche  
des Gdst.Nr. 699/3, EZ 833, KG  
Wenisbuch

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Die Übernahme einer 59 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 699/3, EZ 833, KG Wenisbuch, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

5) A 8/4-97189/2015

Charlottendorfgasse 24  
Auflassung vom öffentl. Gut und  
bescheidmäßige Rückübereignung des  
Gdst.Nr. 3022, EZ 2683, KG Geidorf, mit  
einer Fläche von 118 m<sup>2</sup>

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

1. Die Auflassung des Gdst.Nr. 3022, EZ 2683, KG Geidorf, mit einer Fläche von 118 m<sup>2</sup> aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Die unentgeltliche Rückübereignung des Gdst.Nr. 3022, EZ 2683, KG Geidorf, an           , Kirchengasse 4, 8010 Graz, wird aufgrund des Bescheides der Bau- und Anlagenbehörde GZ: 17-008293/2014/0021 vom 13.4.2015 genehmigt.
3. Sämtliche mit der Rückübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
4. Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch die Präsidialabteilung – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.

6) A 8/4-20370/2003

Ausbau Kreuzung Lagergasse –  
Puntigamer Straße  
Grenzberichtigung  
Auflassung vom öffentlichen Gut der  
Stadt Graz und unentgeltlichen  
Übertragung einer 1 m<sup>2</sup> großen Tfl. des  
Gdst.Nr. 354/2, EZ 82, KG Rudersdorf, in  
das öffentliche Gut des Landes Steiermark

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

1. Die Auflassung einer 1 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 354/2, EZ 82, KG Rudersdorf, aus dem außerbücherlichen Eigentum des öffentlichen Gutes der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Die unentgeltliche Übertragung der in Pkt. 1.) aus dem außerbücherlichen Eigentum des öffentlichen Gutes aufgelassene Teilfläche des Gdst.Nr. 354/2, EZ 82, KG Rudersdorf, im Ausmaß von 1 m<sup>2</sup> in das öffentliche Gut des Landes Steiermark wird genehmigt.

8) A 10/BD-000991/2014/4

Holding Graz-Services Wasserwirtschaft  
BA 300 – Leitungskataster  
Erweiterung des Projektumfanges ohne  
Erhöhung der Projektgenehmigung,  
Fipos 5.85100.728100

Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung für den „BA 300 Leitungskataster“ wird hinsichtlich des Projektumfanges auf das gesamte Kanalnetz der Stadt Graz erweitert, wobei das Projekt mit dem bereits genehmigten Betrag von € 1.200.000,- gedeckelt ist.

12) A 10/8-065172/2014-0002

Mobilitätsvertrag  
Bebauungsplan 17.18.0 Triester Straße –  
Wagramer Weg

Der Ausschuss für Verkehr stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Vorstehender Bericht wird genehmigt.
2. Dem in Beilage /1 befindlichen Mobilitätsvertrag, der einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildet, wird die Zustimmung erteilt.

16) A 7-095885/2015-1

Projektgenehmigung Streetwork und  
Kontaktladen  
Laufzeit: 1.1.2016 bis 31.12.2018

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung für das Projekt „Streetwork und Kontaktladen“ mit einer Laufzeit vom 1.1.2016 bis längstens 31.12.2018 wird erteilt. Die Projektsumme seitens der Stadt Graz beträgt 1.815.000,- Euro und soll seitens des Landes Steiermark mit zumindest 600.000 Euro kofinanziert werden. Im Falle einer Nichtbeteiligung des Landes in der gewünschten Höhe reduziert sich die Laufzeit des Projektes aliquot.

2. Eine EU-weite Ausschreibung des Projektes soll umgehend stattfinden.

17) A 8-65599/2014-17

Gesundheitsamt,  
Drogenstreetwork für die Jahre 2016-  
2018;  
Projektgenehmigung über € 1.815.000,- in  
der OG 2016-2018

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

In der OG 2016-2018 wird die Projektgenehmigung „Drogenstreetwork“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 1.815.000,- (Anteil der Stadt Graz) beschlossen.

Die anteiligen Kosten für die Jahre 2016 bis 2018 sind über die jeweiligen Eckwerte des Gesundheitsamtes zu finanzieren.

NT 18) A 8/4-1736/2001

Richtlinien zum Verkauf städtischer  
Wohnungen  
Außerkraftsetzung

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Die mit Gemeinderatsbeschluss vom 24. Juni 1993 erlassenen Richtlinien über den Verkauf von Gemeindewohnungen werden bei abgestellten Anträgen Beschlussfassung ausgesetzt. In besonderen Fällen können Wohnungen in Zukunft zu

einem marktkonformen Preis verkauft werden, sofern eine positive Stellungnahme von Wohnen Graz vorliegt.

NT 19) A 10/8-097161/2015/0002  
A 10/1P-099198/2015/0001

Parkkonzept – Evaluierungsbericht 2015

Der Ausschuss für Verkehr stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Bericht über die Evaluierung unter Pkt. 2 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Das GPS wird die nächste Gesamtevaluierung aller Kurzparkzonen und Parkzonen im Herbst 2017 durchzuführen und dem Gemeinderat vorzulegen.
3. Der Gemeinderat möge den Evaluierungsbericht 2015 zur Kenntnis nehmen und die Abteilungen in ihren Bemühungen unterstützen.

2. NT 20) Präs. 99184/2015-1

Verein ÖAL „Österreichischer Arbeitskreis  
für Lärmbekämpfung“

a) Beitritt

b) Vertretung der Stadt

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Die Stadt Graz tritt dem Verein ÖAL „Österreichischer Arbeitskreis für Lärmbekämpfung“ bei.

- 2) Für die Vertretung der Stadt Graz im Verein ÖAL „Österreichischer Arbeitskries für Lärmbekämpfung“ wird Herr DI (FH) Rudolf Ruthofer und – als Ersatzvertretung – Herr Ing. Heinz Koller nominiert.
- 3) Geschäftsführende und koordinierende Stelle in Angelegenheiten der Mitgliedschaft einschließlich der Bereitstellung des Mitgliedsbeitrages im Verein ÖAL „Österreichischer Arbeitskries für Lärmbekämpfung“ ist die Magistratsabteilung 23 – Umweltamt.

*Die Tagesordnungspunkte 2), 3), 4a-g), 5), 6), 8), 12), NT 16), NT 17), NT 18), NT 19) und 2. NT 20) wurden einstimmig angenommen.*

**Berichterstatter: GR. Hötzl**

7) A 8/2-037979/2006-24

Parkgebühren-Verordnungs-Novelle 2015

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um die Parkgebühren-Verordnungs-Novelle 2015. Die Evaluierung, die alle zwei Jahre stattfindet, hat eben stattgefunden, daraus ergehen jetzt folgende Empfehlungen, die umzusetzen sind oder die umgesetzt werden sollen. Nämlich Parkzone A – Kreuzgasse, um dort den Parkdruck der Anwohner entgegenzuwirken, soll der Grüne-Zonen-Bereich Grillparzerstraße/Kreuzgasse/Bergmannsgasse/Franckstraße in eine Kurzparkzone umgewandelt werden. Hier entstehen 176 zusätzliche Kurzparkzonenstellplätze. Kreuzungsbereich St.-Peter-Hauptstraße/Petersbergenstraße, die sogenannte Schimautzkreuzung, hier sollen gebührenpflichtige Parkplätze, also Grüne Zone außerhalb der Parkzone D errichtet werden, um dort den Gewerbetreibenden entgegenzukommen und um Parkplätze für Kunden zu schaffen. Parkzone F – Karlau soll im westlichen Bereich der Fabriksgasse verlängert werden, um einen Lückenschluss

innerhalb dieser Zone in Richtung Lazarettgürtel herzustellen. Parkzone G – Eggenberg, Eisengasse, Vinzenzgasse soll in Richtung Norden durch die Einführung straßenabschnittsweiser Zonenbereiche ausgedehnt werden. Dort ist auch ein Parkdruck für die Anwohner. Parkzone H – Floßlend, soll in der Kalvarienbergstraße an den durch Bauarbeiten veränderten Bestand angepasst werden. Parkzone I – Geidorf soll in Richtung Norden flächendeckend, insbesondere Lindengasse/Kahngasse/Neugasse, ausgeweitet werden. Dort geht es darum, dass unter Anführungszeichen ein „Park-&-Ride-Parkplatz“ sich hier eingebürgert hat, weil dort hauptsächlich ganztägig auswärtige Fahrzeuge stehen. Dem soll entgegengewirkt werden für die Anwohner, dass die wieder Parkplätze finden. In der Andritzer Reichsstraße soll nördlich des Hauptplatzes straßenabschnittsweise eine Kurzparkzone eingerichtet werden, um dem dortigen Bedarf der Wirtschaftstreibenden nach freien Stellplätzen für Kunden nachzukommen und letztendlich geht es jetzt wieder um den Lendplatz. Denn aktuellen negativen Begleiterscheinungen: Insel mit kostenlosen Park-, verparkte Gehbereiche, unregelmäßige Auffahrtssituation, Behinderungen der Marktreibenden im Bereich des Marktgebietes Lendplatz, sollte durch die Einführung einer Kurzparkzone werktags, Montag bis Freitag, 15.00 bis 20.00 Uhr, mit einer maximalen Parkdauer von 90 Minuten begegnet werden. Im Sinne einer Einheitlichkeit schon vorhandener Regelungen wäre damit auch ein Gleichklang mit dem verordneten Status quo am Kaiser-Josef-Platz hergestellt. In diesem Zusammenhang ist aber darauf zu verweisen, dass der Gemeinderat in seiner Sitzung am 23. April aufgrund eines dringlichen Gemeinderatsantrages der ÖVP bereits die notwendigen Veranlassungen zur Einführung einer Fußgängerzone im Marktgebiet des Lendplatzes beschlossen hat. Und letztendlich geht es noch um die sogenannten „fahrenden Werkstätten“, das sind Unternehmer, die Werkzeug und Handwerkszeug vorhalten müssen in einem Fahrzeug, die haben Sondergenehmigungen, dass sie fünf Stunden zu fünf Euro parken dürfen. Bisher mit Parkscheinen und Genehmigungen, die sie ankreuzen müssen, die sollen ins Handyparken miteingebunden werden. Ich ersuche um Annahme dieser Änderungen.

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 15 Abs. 3 Z 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 17/2015, sowie gestützt auf das Steiermärkische Parkgebührengesetz 2006, LGBl.Nr. 37, zuletzt in der Fassung LGBl.Nr. 87/2013 und des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130 zuletzt in der Fassung LGBl.Nr. 77/2014, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Novelle zur Grazer Parkgebühren-Verordnung 200 beschließen.

GR. **Pacanda:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ergänzend zu dem, was der Kollege schon gesagt hat, möchte ich noch einen Zusatzantrag einbringen zu diesem Thema. Und zwar geht es um einen recht spezifischen Fall und zwar wird in Graz oder ist in Graz zu bemerken, dass immer mehr Personen Leihfahrzeuge haben, sich auch Fahrzeuge von anderen Personen ausleihen. Also einerseits, die sparsamer sind und umweltbewusster sind, wie auch immer, mehr Car-Sharing-Angebote in der Stadt Graz haben und auch haben wollen. Da kommt es natürlich zu der Situation, dass ich als Bewohner einer Kurzparkzone, Blauen Zone, hier keine Chance habe, mit diesem ausgeliehenen Fahrzeug, das mag ein Leihwagen sein, das mag ein Car-Sharing-Fahrzeug sein (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) oder das mag auch ein Familienfahrzeug sein, das ich mir für die Sommermonate oder Wintermonate ausleihe. Bedeutet effektiv, ich kann mit diesem Fahrzeug in der Kurzparkzone maximal eben die erlaubte Kurzparkzeit parken, aber eben nicht über mehrere Tage, Wochen oder Monate mein Fahrzeug hier abstellen. Was passiert? Im Endeffekt wäre ich eigentlich verführt dazu, mir ein Auto zu kaufen, das ist eigentlich der Effekt, der daraus entsteht, den wir, glaube ich, als Stadt Graz nicht haben wollen und daher der

Vorschlag von uns oder die Idee von uns: Die Stadt Graz, die zuständigen Abteilungen mögen doch schauen, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, auch für solche Leihkonstellationen, also für Leihfahrzeuge, eine Variante für die Blaue Zone zu finden. Dementsprechender Zusatzantrag: Die zuständigen Abteilungen der Stadt werden ersucht, wie im Motivenbericht beschrieben, einen Umsetzungsvorschlag für eine derartige Parkgenehmigung zu erarbeiten und dem zuständigen Ausschuss bis zur Gemeinderatssitzung im September vorzulegen. Dankeschön.

GR. **Dreisiebner**: Ich bin mir nicht ganz sicher, lieber Kollege Philip Pacanda, wo genau du hinwillst. Deswegen versuche ich das ein bisschen nachzuschärfen. Die Ausnahmegenehmigung in den Grünen- beziehungsweise Blauen Zonen-Bereichen ist natürlich mit Kosten verbunden und zurzeit mit Zwei-Jahres-Fristen abzuwickeln. Du schlägst vor einen einmonatigen Zeitraum, darüber kann man reden; aber was für uns in dem Sinne nicht geht und wenn man das ausschließen kann, würden wir dieser Prüfung zustimmen, dass man praktisch von diesen Gebühren wekommt. Aber im Sinne dessen, dass jemand, der öfter Car-Sharing verwendet, der unter Umständen eine Möglichkeit hat, das privat in irgendeiner Form, es gibt ja auch private Sharing-Plattformen, so zu nutzen, können wir uns dieser Prüfung nähern und stimmen also deinem Zusatzantrag zu. Danke.

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.*

*Der Zusatzantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und FPÖ) angenommen.*

**Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf**

9) A 14-043982/2013/0045

17.18.0 Bebauungsplan

„Triester Straße – Wagramer Weg“

XVII. Bez., KG 63118 Rudersdorf

Beschluss

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Werter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörer! Wir kommen zum Gemeinderatsstück 17.18.0 Bebauungsplan Triester Straße – Wagramer Weg. Die Ausgangslage möchte ich nur ganz kurz streifen. Es geht im Wesentlichen darum, dass hier ein Bebauungsplan erstellt wurde für ein Kerngebiet mit einer Bebauungsdichte von 0,5 bis 2,5 und dieses Stück wurde ausführlich im Ausschuss, aber auch davor natürlich mit der Bevölkerung in Form einer Informationsveranstaltung, auch besprochen. Wie gesagt, dieses Stück ist schon ein halbes Jahr, wenn ich das so sagen darf, alt und im Rahmen der Einwendungsmöglichkeiten sind insgesamt 36 Einwendungen und eine Stellungnahme im Stadtplanungsamt eingelangt. Und ich möchte im Wesentlichen einmal hier auf die Einwendungen eingehen. Es sind die Einwendungen eigentlich in zwei Gruppen zu teilen. Einerseits von der verkehrlichen Situation, es ist so, dass die betroffene Bevölkerung, insbesondere in der Herrgottwiesgasse, ausdrücklich darauf hingewiesen hat und auch der Bezirksrat einstimmig darauf hingewiesen hat, dass eine Durchbindung des Wagramer Weges in die Herrgottwiesgasse aufgrund der Belastung der Herrgottwiesgasse, insbesondere im nördlichen Bereich, eine unzulässige Maßnahme wäre, das ist auch definitiv gestern auch im Ausschuss und spiegelt sich auch in den schriftlichen Unterlagen sowohl im Mobilitätsvertrag, vielleicht etwas unglücklich formuliert, aber immerhin auch im entsprechenden Verordnungstext und auch im Erläuterungsbericht wider, dass diese Durchbindung Wagramer Weg in Richtung Herrgottwiesgasse derzeit nicht vorgesehen ist und auch momentan ausgeschlossen wird, das ist einmal ein Punkt, der sehr wesentlich von den betroffenen

Anrainern, insbesondere in der Herrgottwiesgasse, auch gefordert wurde. Der zweite Punkt, und das ist ein Punkt, der durchaus heftig diskutiert wurde, ist die Situation des Baumbestandes und der Grünraumausstattung für das neue Bebauungsplangebiet und da geht es im Wesentlichen darum, dass wir einen Punkt durchaus kontroversiell auch diskutiert haben, insbesondere mit den Klub der Grünen auch, mit dem Kollegen Dreisiebner und auch mit der Frau Kollegin Pavlovec-Meixner, nämlich die Gruppe der vier Rotbuchen/Blutbuchen, beide Benennungen sind hier verwendet worden, wo es durch die Bebauung nicht möglich ist, diesen Baumbestand zu erhalten. Ich würde aber auch sozusagen als Gegenpol durchaus anführen, dass in der Verordnung, und ich weise ausdrücklich darauf hin, dass in der Verordnung unter § 8 durchaus sehr ausführlich die Freiflächen und die Grüngestaltung hier positioniert wurde und nicht zuletzt auch, um die gesamte Vegetation in diesem Bereich, die Grünraumausstattung möglichst weitgehend zu erhalten auch, eine ökologische Bausicht, das kommt durchaus selten vor, auch eine ökologische Bausicht für diesen Bereich insbesondere bestellt wurde, um möglichst auch die Grünraumausstattung, soweit es möglich ist, in diesem Bereich zu erhalten. Also zwei Gruppen, Verkehrssituation, glaube ich, ist gut gelöst und auch die Grünraumausstattung bis auf diese Gruppe der vier Blutbuchen scheint aus meiner Sicht sehr gut in diesen Bebauungsplan mit dem Verordnungstext und auch mit dem Erläuterungsbericht geregelt zu sein. Ich darf daher folgenden Antrag stellen. Der Antrag lautet wie folgt: Der Gemeinderat wolle beschließen, wir müssen auch einem Aufschließungserfordernis Rechnung tragen und auch einer Aufhebung des Aufschließungsgebietes, das ist der Punkt 1, Aufhebung des Aufschließungsgebietes, KG 63118 Rudersdorf mit den Grundstücken, zweitens den 17.18.0 Bebauungsplan Triester Straße – Wagramer Weg, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie drittens die Einwendungserledigungen beschließen. Bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. die Aufhebung des Aufschließungsgebietes (KG 63188 Rudersdorf, 34/2, 40/2, 40/4, 260/4 (Teilfläche) und .113,
2. den 17.18.0 Bebauungsplan „Triester Straße – Wagramer Weg“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung sam Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
3. die Einwendungserledigungen.

GR. **Pacanda:** Ich wollte eigentlich eh nur kurz ergänzen, es wird dem einen oder anderen da hier im Gemeinderat auch aufgefallen sein und ich wollte das nur wirklich positiv hervorgehen, dass zirka seit gestern 16.00 Uhr das eine oder andere E-Mail hereingetrudelt sein mag, ich schätze einmal, nicht nur bei mir. Ich habe es nicht gezählt, ich habe gestern fast nicht mehr arbeiten können, es müssen fast an die 100 E-Mails gewesen sein, es geht jetzt noch immer weiter, also für die, die es noch nicht gesehen haben: Es geht um diesen besagten Bebauungsplan, es geht um die Bäume und ich wollte dazu einfach nur erwähnen, ich bin gerade fasziniert von der Aktivität von diversen Bürgerinitiativen und Arbeitsgruppen, die sich da hier schwerst engagieren, gerade aktuell, die das anscheinend ein bisschen spät mitbekommen auch haben, was sozusagen heute hier beschlossen wird. Auf jeden Fall absolut faszinierend, ich möchte das jedem raten, die E-Mails anzuschauen und zu lesen, wo sich wirklich Menschen aktivieren...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Pacanda:** Ich schätze, du hast es auch gekriegt, der Klub wird es gekriegt haben. Also wirklich, wo sich Menschen aktivieren und auch aktiv werden gegen diesen Bebauungsplan und deswegen möchte ich nur seitens uns sagen, also wir werden gegen diesen Bebauungsplan in der Form hier stimmen. Dankeschön.

GR. **Dreisiebner:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Georg Topf! In deiner unerschöpflichen Weisheit hast du ja schon vorweggenommen, dass wir Grüne uns heute da einbringen werden, das werden wir, ja. Danke, Philip, dass du auf die vielen E-Mails hinweist, die sehr spät, aber, meine ich, doch noch rechtzeitig, den jetzt fallen Beschlüsse, jetzt ist die Abstimmung, die getroffen werden muss fällig, eingehen. Und ich hoffe, ihr habt das wirklich durchgelesen und ich hoffe, ihr wischt das nicht einfach weg. Der Bebauungsplan ist meines Erachtens sehr sorgfältig vom entsprechenden Referat in der Stadtplanungsabteilung erarbeitet worden, es hat im Zuge des Verfahrens einige Veränderungen, die sehr positiv festzuhalten sind, gegeben, die Zurücknahme von Tiefgaragengrenzen beziehungsweise die Einzeichnung von solchen. Wie weit sich diese ausprägen dürfen, damit der gewachsene Baumbestand in einem gewissen Bereich erhalten bleiben kann. Das ist der Böschungsbaumbestandbereich, der ist jetzt ziemlich gut abgesichert. Um was es geht, sind diese Blutbuchen und sind andere gewachsene Bäume im Bebauungsplangebiet. Und jetzt gehe ich einen Schritt zurück, das Unglück, das städteplanerische Unglück hat nicht mit dem Abführen und mit der Auflage des Bebauungsplanes begonnen, der setzt ja auf einem zweistufigen Architekturwettbewerb auf und vor diesem Architekturwettbewerb sind die entsprechenden Rahmenbedingungen, Vorgaben, Kriterien aus unserer Sicht zu wenig klar vorgegeben worden. Das, was dann herauskam, war natürlich das Ergebnis der aus unserer Sicht noch einmal mangelhaften Vorgaben. Was heißt das, wenn man das Stadtentwicklungskonzept 4.0 und das Gebiet anschaut, ist das der nördliche Teil des

Puntigamer Zentrums. Das Puntigamer Zentrum zieht sich dann über die Triester Straße nach Westen, so quasi Cineplex und Nahverkehrsdrehscheibe Puntigam, zieht sich nach Süden weiter in etwa dieser große Lebensmittelhandel und vis á vis liegend der Altbestand. Und wenn ich mir das ganze Puntigam-Zentrum anschau und vor allem diesen großen zentralen Plan, der hier jetzt heute auf den Weg geschickt werden soll und dann in eine Bebauung münden soll, dann muss man den Puntigamerinnen und Puntigamern leider eines sagen, euer Zentrum besteht aus einer von Norden nach Süden führenden, zumindest vierspurigen Straße und besteht darunterliegend aus einer von Ost nach West führenden wiederum vierspurigen Straße. Ihr habt keinen öffentlichen Platz, ihr habt einen Parkplatz vor einem Lebensmittler und ihr habt einen Parkplatz vor dem großen Kinozentrum und ihr habt Umsteigemöglichkeiten von Bus auf Tram und von Bus auf S-Bahn oder Tram auf S-Bahn. Aber es gibt keinen öffentlichen Bereich, sich aufzuhalten. Das hätte meines Erachtens und entlang der Vorgaben des vierten Stadtentwicklungskonzeptes, der Ziele, die wir uns selbst verordnet haben, in diesem Bebauungsplangebiet optimal umgesetzt werden können und das hätte ich noch sehr gut verschränken können mit Altbestand an Gebäuden, den es nicht mehr gibt, Stichwort Direktorenvilla, aber Schwamm drüber, das hätte ich eben auch mit einem kleinen Park, mit einer Platzgestaltung, diese Bestandsbäume, um die es den vielen, vielen E-Mail-SchreiberInnen geht und um die es auch uns geht, das hätte das alles integrieren können und wir hätten den Puntigamern und Puntigamerinnen mehr geben können als wieder ein Geschäftszentrum, als wieder einen Bürokomplex und eine Park-&-Ride-Anlage dazu. Und das ist die große Kritik an der Geschichte und noch einmal, passiert ist es schon im Bereich, bevor wir überhaupt im Ausschuss beziehungsweise der Gemeinderat eine Befassung damit erleben durften, nämlich in dem Bereich, wo der Wettbewerb, der zweistufige Architektenwettbewerb, ausgelobt worden ist und durchgeführt worden ist. Das was dann kam, das Verfahren Bebauungsplan, das musste natürlich auf diesem Architektenwettbewerbsergebnis und auf diesen Grundlagen aufsetzen. Wenn man das bei allen Stadtteilzentren, die im 4.0 vorgeschrieben sind, so machen, dann können

wir uns auf einiges einstellen und dann meine ich, dass die Ziele des 4.0 Stadtentwicklungskonzeptes, in diesem Bereich zumindest, in anderen vielleicht auch, sicher nicht erreicht werden. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie!

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Entschuldigung, darf ich dich noch einmal ganz kurz unterbrechen, weil wir haben eben gerade die vom Bürgermeister vorhin angekündigte Bedingung für den 65-Millionen-Euro-EIB-Kredit bekommen und zwar, wir hatten einen Beschluss im Ausschuss gefasst, dass wenn dieser Festzins jetzt festgelegt um 14.00 Uhr unter dem bisherigen Festzins liegt, wer den weiß, der ist ohnehin... und damit haben wir die 65 Millionen Kredit von der EIB aufgenommen. Ich danke auch der Finanzdirektion dafür, es ist damit auch keine weitere Befassung im Gemeinderat erforderlich, weil dieses Stück in dieser Form, so wie es jetzt beschlossen wird, im Vorlauf schon absegnet wurde. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Pavlovec-Meixner**: Kommen wir zurück zum Bebauungsplan Triester Straße – Wagramer Weg. Ich möchte da ein bisschen ausholen dazu, auch für die Kolleginnen und Kollegen, die in der letzten Periode noch nicht im Gemeinderat waren. Am Ende der letzten Periode, im Jahr 2012, gab es dazu den dringlichen Antrag im Gemeinderat, wo es um das Thema Baumschutz auf Baustellen gegangen ist, nämlich einerseits, wie kann man Bäume erhalten und was muss man dann während dem Bau tun, damit sie erhalten werden können. In der Folge dieses dringlichen Antrages hat es auch

Gespräche gegeben bei der Bau- und Anlagenbehörde sowie mit der Stadtplanung und der Grünraumabteilung, die ich gemeinsam mit meinem Kollegen, dem Herrn Dipl.-Ing. Topf, führen durfte und wir sind ganz genau durchgegangen, wie man das in Zukunft machen will und ein ganz wichtiger Punkt war, frühe Information, früh wissen, wo wird was gebaut, damit man auf die Bäume schauen kann. In diesem Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir vor zwei Jahren mit der Grünraumabteilung gesprochen, wir haben vor zwei Jahren mit der Stadtplanung gesprochen, wir haben auf diesen Baumbestand hingewiesen und ich sage jetzt, es hat null Auswirkungen, es hat null Auswirkungen, wenn von politischer Seite auf einen wertvollen Baumbestand hingewiesen wird, das ist egal, das fließt in den Wettbewerb nicht ein und ich bin persönlich sehr enttäuscht, besonders mit der ÖVP und von der ÖVP, mir tut das auch sehr leid, dass der Herr Bürgermeister nicht da ist, aber es wird ihm schon jemand sagen. Da wird groß gesprochen von einer Grünraumoffensive, meine Damen und Herren. Mit diesem Bebauungsplan, mit diesem Bebauungsplan konterkarieren Sie ihre Grünraumoffensive, es nimmt Sie niemand mehr ernst (*Applaus FPÖ und Grüne*). Es sind ganz, ganz viele E-Mails gekommen von Leuten, die eingewendet haben und ich meine, jetzt ist es uns dann gelungen, und zwar nur deshalb, weil es im grünen Gemeinderatsklub ein Gespräch gegeben hat zwischen der Grünraumabteilung, zwischen dem Baumschutzreferat und der Stadtplanung, dass zumindest die Bäume am Hang von der Tiefgarage nicht gefährdet sind, da wurde dann die Baugrenzlinie noch geändert. Aber das sind bitte Bäume, von denen hat uns vor Jahren der Naturschutzbeauftragte in Aussicht gestellt, dass sie unter Schutz gestellt werden. Aber das kann man jetzt nicht hernehmen und so tun, als würden da Bäume gerettet werden, wenn die sowieso schon lange unter Schutz stehen sollten. Auf den zigtausend Quadratmetern Fläche oben am Plateau ist kein einziger Baum, kein einziger Baum wird dort stehen bleiben. Das kann mir niemand erzählen, dass man eine Planung nicht so machen kann und ich habe auch ein Foto mit, dass man diese Baumgruppe erhalten kann. Das ist einfach total lächerlich und zeigt, dass es keinen Willen gibt. Und ich sage das noch einmal, alle, die für diesen Bebauungsplan stimmen,

sind ganz weit weg von den Menschen, die sich für Grünraum einsetzen, die sich für Bäume einsetzen und sind ganz nah bei den Investoren, weil dieser Bebauungsplan ist extrem investorInnenfreundlich. Aber ich fürchte, dass trotzdem keine Mehrheit dagegen sein wird und kann nur sagen, im Sinne der vielen BürgerInnen, die sich für Baumschutz einsetzen in dieser Stadt, werden wir weiterkämpfen (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Ich glaube schon, dass es durchaus gelungen ist, ich weiß schon, dass es durchaus skeptische und durchaus berechtigte Anmerkungen hier in Bezug, insbesondere in Bezug auf diese vier Rotbuchen gibt, aber ich denke, dass durch das, was also in der Grünraumgestaltung und in der Baumneuerrichtung hier vorgeschlagen wurde, dass das zumindest teilweise substituiert werden kann.

*Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.*

**Berichterstatter: GR. Dreisiebner**

10) A 14-008729/2014/10

10.08.0 Bebauungsplan „Billrothgasse“  
X. Bez., KG Stifting  
Beschluss

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den 10.08.0 Bebauungsplan Billrothgasse in der Katastralgemeinde Stifting, Bezirk Ries. Es hat im Februar des letzten Jahres 2014 der dortige Eigentümer um Erstellung eines Bebauungsplanes ersucht, es geht um ein 1.650 m<sup>2</sup> großes dreiseitig an Liegenschaften des Universitätsklinikums Graz, das heißt an die Zahnklinik beziehungsweise an das Personalwohnhaus der Krankenanstalten GmbH angrenzendes Grundstück. Es wurde

ein architektonischer Vorentwurf gemacht und aufbauend darauf im Bebauungsplanentwurf entwickelt. Dieser wurde mit der Verkehrsplanung beziehungsweise den verkehrsplanerischen Festlegungen, die im angrenzenden Bebauungsplan 10.06.0 Stiftingtalstraße – Billrothgasse – Zahnklinik vorliegen, abgestimmt und die dortigen Ziele weiterverfolgt. Laut 3.0 Flächenwidmungsplan ist der Bereich als Kerngebiet mit einer Dichte von 0,5 bis 2,0 festgelegt. Das Verfahren selbst wurde... der Bebauungsplan wurde für drei Wochen bis zum 19.12.2014 zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt und die grundbücherlichen Eigentümer im Einflussbereich des Bebauungsplanes wurden davor schriftlich informiert. In der Einspruchsfrist wurden fünf AnrainerInnen einwendungen und zwei Stellungnahmen von der Krankenanstalten Immobiliengesellschaft beziehungsweise von der Energie Steiermark eingebracht, bearbeitet und nach Beschluss beantwortet. Es ging vor allem um die Befürchtung, dass das Verkehrsproblem, die Parkplatzsituation sich verschärft, dazu ist zu sagen, dass der Bebauungsplan nur 30 bis 35 Pkw-Stellplätze in Tiefgaragenlage möglich macht. Es ging um die Höhenentwicklung beziehungsweise um eingeschränkte Frischluftzufuhr, auch das ist dementsprechend beantwortet und erledigt. Es wurden aufgrund der Einwendungen keine Änderungen inhaltlicher Art beim Bebauungsplan gemacht. Ich stelle daher nach Beschluss des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Erstens, den 10.08.0 Bebauungsplan Billrothgasse bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie die Einwendungserledigungen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 10.08.0 Bebauungsplan „Billrothgasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigungen.

*Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen Piratenpartei) angenommen.*

**Berichterstatter: GR. Dr. Piffl-Percevic**

11) A 14-023362/2014-36

3.22 Flächenwidmungsplan der  
Landeshauptstadt Graz  
22. Änderung 2014  
Ergänzungsbeschluss

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Diesmal beziehen wir uns auf einen Beschluss, den wir im Dezember des Vorjahres gefasst haben, 3.22 Änderung des Flächenwidmungsplanes. Wie Sie wissen, haben die Beschlüsse, was Raumordnung betrifft, dem Land als Aufsichtsbehörde vorgelegt zu werden und es sind jetzt bei drei der, glaube ich, elf oder zwölf Punkte sehr wohl Einwendungen vom Land Steiermark gekommen. Ich kann es kurz machen, in zwei Punkten besitzen die Einwendungen oder die Auswirkung keine Rückwirkung auf die Betroffenen, es sind, wenn Sie so wollen, redaktionelle Änderungen im Text. In einem Punkt, das ist die Hilmteichstraße, wird sehr wohl ein zehn Meter breiter Streifen entlang des Baches aus dem Bauland herausgenommen und ist als Freiland auszuweisen. Wirtschaftlich hat es aber auch in diesem Fall so gut wie keine Auswirkung, da dieser zehn Meter breite Streifen ohnedies aufgrund der Auflagen neben Bächen von jeder Bebauung freizuhalten war. Ich darf daher ersuchen, nachdem diese Richtigstellungen und redaktionellen Änderungen vorgenommen wurden, dies mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit so wie bei Beschlüssen, was die Flächenwidmung betrifft, zu genehmigen und dem zuzustimmen. Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

1. den 3.22 Flächenwidmungsplan – 22. Änderung 2014 der Landeshauptstadt Graz gemäß den in der Verordnung, der graphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen 3 Punkten zu ändern,
2. die Stellungnahme der Stadt Graz zur Mängelbekanntgabe/ Versagungsandrohung des Landes Steiermark im Sinne dieses Gemeinderatsberichtes.

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (46 : 0).*

**Berichterstatterin: StR.<sup>in</sup> Rücker**

13) A 16-014770/2013/0352

Universalmuseum Joanneum GmbH, UMJ,  
Leitbild für die Führung des Kunsthauses  
Graz

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Sehr geehrte Stadtregierung, liebe KollegInnen im Gemeinderat, werte ZuhörerInnen! Ich berichte das Stück kurz, möchte es trotzdem hier berichten, weil ja die Diskussion über das Kunsthaus und wie es dort weitergeht, die ganze Stadt in den letzten Monaten sehr bewegt hat und hoffentlich auch weiter bewegt und auch interessiert. Wir legen heute vor Leitlinien, die eine Folge sind, ein Leitbild, das eine Folge ist aus den Diskussionen der letzten Monate, wo es darum ging, darüber einmal intensiv zu reden und zu debattieren, welche kulturpolitischen Ziele in einem Kunsthaus der Stadt Graz, in einem Kunsthaus, für das auch das Land mitverantwortlich zeigt, verfolgt werden könnten und wo die Veränderungen, wenn es Veränderung

geben soll, auch festgemacht werden. Es ist so, dass ich nicht mehr eingehen werde, weil wir den herinnen schon berichtet haben, auf den umfassenden Diskussionsprozess, an dem ja viele von Ihnen auch aktiv teilgenommen haben. Es gibt inzwischen ausgearbeitet aufgrund des Auftrages, des kulturpolitischen, der dann entwickelt wurde gemeinsam mit dem Land abgestimmt wurde ein Leitbild, das nun erarbeitet wurde innerhalb des Kunsthauses, wo ich mich hier auch beim Team des Kunsthauses bedanken will, die wesentlichen Punkte aus diesem Prozess auch aufgegriffen hat und nun in ein Leitbild gegossen hat und das ist jetzt das erste Mal ein Leitbild, das innerhalb des UMJ speziell für das Kunsthaus entwickelt wurde und nicht sozusagen das Gesamte in einem Topf behandelt, sondern das Kunsthaus noch einmal besonders herausholt. Grundsätzlich ist zu sagen, dass natürlich der Auftrag des Kunsthauses ist und bleibt, ein Haus der zeitgenössischen Kunst zu sein und dass natürlich auch das Kunsthaus Graz der Freiheit der Kunst verpflichtet sein wird und damit in seinem Programm unabhängig diskursiv und allen Menschen in einer diversen und im Wandel befindlichen Gesellschaft offen stehen soll. Es gibt zwei Punkte, zwei Überbegriffe, nämlich die Programmatik, das ist eben der inhaltliche Punkt, wo eben ganz viel auch letztendlich in der Gestaltung des Kunsthauses bleiben wird. In diesem Zusammenhang versteht sich das Kunsthaus Graz aber als ein übergeordneter Ort des Diskurses in einer vielfältigen Grazer Kulturlandschaft und bereitet aktuelle Themen mit künstlerischen Untersuchungsfeldern auf. In den kommenden Jahren sind aus diesem Grund auch Jahresthemen festgelegt, die teilweise auch übergreifend über das ganze Universalmuseum Joanneum bespielt werden. Zur Positionierung und zum Alleinstellungsmerkmal des Kunsthauses möchte ich die wichtigsten Überschriften noch einmal herausholen, weil das war ja eines der Themen, das am intensivsten diskutiert wurde. Es ist unbestritten, dass das Haus ein wesentlicher Beitrag ist zur Internationalität der Kulturstadt Graz und dass deswegen auch die Kooperationen nach innen in die Stadt, aber eben auch nach außen in die Welt der Kunst, in die Internationalität weiterhin ein wesentlicher Schwerpunkt sein soll. Die wissenschaftliche Expertise des Universalmuseums Joanneum ist eingebunden, das

heißt eben, dass innerhalb des Hauses, der gesamten Häuser des Universal museums in der Programmatik mit übergreifenden Projekten verstärkt gearbeitet wird und die Museumsabteilungen stärker verschränkt arbeiten sollen. Dann das Thema der Architektur, das eben diese besondere Architektur offen, aber vor allem auch schwellenlos zugänglich sein soll, das war ja auch eines der wichtigen Anliegen, dass das Haus oft als mit zu viel Hürden versehen wahrgenommen wurde. Nun gibt es eben ein paar Veränderungen, die ja schon teilweise spürbar sind mit der Verlegung des Cafés und damit einer anderen Öffnungssituation in die Stadt und dass jetzt der darunterliegende neue Space 05, der dort, wo das Café war bisher, ein stärkeres interaktiver Ort sein soll, der nach außen und auch in die Stadt und die hiesige Kunstszene als Experimentierort geöffnet sein soll. Dazu wird es auch in der nächsten Zeit die Präsentation der Konzepte der nächsten Jahre geben. Zur Kommunikation, das ist auch ein Thema gewesen, mit welcher Identität das Kunsthaus kommuniziert, aber auch mit welcher Sprache. Auch hier ist aufgegriffen worden, dass die Sprache möglichst klar verständlich sein soll, aber trotzdem dem wissenschaftlichen Diskurs genügen soll und natürlich ein wichtiger Bereich, wenn es um das Öffnen nach außen geht, ist die Vermittlung; auch hierzu wurden einige der wichtigsten Punkte, die aus dem Publikum und aus der Diskussion gekommen sind, aufgegriffen. Es soll die Kunstvermittlung moderierend auftreten und Türen öffnen zu möglichen Zugängen zur zeitgenössischen Kunst, aber auch zu gesellschaftlichen und zeithistorischen Phänomenen. Das Kunsthaus soll eben als, das war ein ganz ein wichtiges Bedürfnis, als offene Plattform aktuellen Kunstgeschehens mit internationaler Anbindung arbeiten, es ist im Detail festgehalten im Leitbild, wir haben im Kulturausschuss sehr intensiv auch darüber diskutiert und werden uns auch im Kulturausschuss vorbehalten, diese Entwicklungen genauer zu beobachten und uns auch immer wieder darüber berichten zu lassen, wie die Umsetzung auch voranschreitet. Und in dem Sinn wünsche ich mir eine gute und breite Zustimmung zu diesem Leitbild, das einen weiteren Schritt in einem Prozess darstellt, der sicher noch nicht abgeschlossen ist. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Kulturausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Vertreterin der Stadt Graz in der Generalversammlung der Universalmuseum Joanneum GmbH, Frau Stadträtin Lisa Rücker, wird ermächtigt, in der Generalversammlung der Gesellschaft, der Termin ist noch nicht bekannt, der Genehmigung des Leitbildes für die Führung des Kunsthauses Graz zuzustimmen.

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther**: Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen! Ich möchte gar nicht weiter inhaltlich auf das Leitbild eingehen. Wir haben das im Ausschuss schon diskutiert, ich habe noch eine Kleinigkeit angemerkt, das wird anderweitig erfasst. Ich möchte auf den Prozess der Entstehung des Leitbildes eingehen und ich muss schon sagen, da muss man dem Kulturamt einen riesengroßen Dank aussprechen, denn so partizipative Prozesse, die wirklich vorbildlich sind, und ich glaube, da kann die Stadt Graz sich schon gut damit zeigen, dass man sagt, man braucht ein neues Leitbild für ein Museum, mit dem viele Leute unzufrieden sind und man öffnet sich nach außen und lässt die Leute mitreden und führt einen offenen Diskussionsprozess, aber diese Prozesse, die machen Arbeit und diese Arbeit hat das Kulturamt nicht gescheut. Deswegen wirklich muss ich den Respekt aussprechen, ich finde das ganz großartig (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Kopera**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hohe Stadtregierung! Ich möchte jetzt auch nicht inhaltlich auf das Leitbild eingehen, ich

möchte nur festhalten, dass die ursprünglich vom Herrn Bürgermeister ins Leben gerufene Kunsthausdebatte wirklich etwas Tolles bewirkt hat. Diese vier Diskussionsabende, die es im Vorjahr gegeben hat, haben nicht nur dazu geführt, dass das Leitbild erstellt worden ist, sondern auch dazu, dass das Kunsthaus lebt. Es ist ein riesiger Unterschied, wenn man jetzt dort ist oder vor einem Jahr oder eineinhalb Jahren dort war, da ist was in Gang gekommen und darauf können wir, glaube ich, stolz sein (*Applaus ÖVP*).

***Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

**Berichterstatter: StR. Hohensinner, MBA**

14) ABI-101990/2015/0001

Integration Mit/Wir/KUNG –  
Integrationsstrategie der Stadt Graz 2015  
bis 2020

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie! Die Freude ist groß, dass ich hier und heute eine neue handlungsorientierte Integrationsstrategie präsentieren kann und möchte gleich zu Beginn all jenen danken, die speziell in den letzten Wochen wirklich ganz intensiv gearbeitet haben, dass wir heute zu einer Beschlussfassung kommen können. Ich fange an mit dem Dank beim interimistischen Leiter des Integrationsreferates, bei Thomas Grosz-Rauchenberger (*Applaus ÖVP*), natürlich auch bei unserem Abteilungsvorstand Günter Fürntratt und bei meinen Mitarbeitern Manfred Schaffer und Andreas Stöckler (*Applaus ÖVP*). Bevor ich aber jetzt auf den Inhalt zu sprechen komme, möchte ich ein paar grundlegende Sachen anreißen und zwar, diese Integrationsstrategie ist eine niederschwellige Arbeitsgrundlage für die Stadt Graz und für alle Abteilungen. Das heißt, wir beschließen heute Maßnahmen, die wir in der Stadt Graz umsetzen können.

Bundespolitische Forderungen können wir wirklich maximal auf Petitionsweg in Richtung Wien verabschieden, ich sage das deshalb jetzt wirklich ganz konkret, weil ich auch hier jetzt verhindern möchte, dass wir in eine Asyldiskussion abrutschen, wir beschließen heute eine Integrationsstrategie und die wollen wir heute diskutieren, das ist auch mein großes Anliegen. Warum brauchen wir eine Integrationsstrategie für die Stadt Graz? Wie Sie vielleicht wissen, haben wir 2010, im Dezember, die erste Strategie beschlossen. In der Zwischenzeit ist viel passiert, wir hatten zuerst einmal ein Integrationsstaatssekretariat, es ist zum Ministerium aufgestiegen, gewachsen, wir haben einen jährlich erscheinenden Integrationsbericht, wir haben eine Charta des Zusammenlebens und wir haben vor allem 300.000 Einwohnerinnen und Einwohner in unserer Stadt und von diesen 300.000 Menschen sind 40.000 Menschen in anderen Ländern geboren. Wir haben über 170 Nationen in unserer Stadt, die über 150 Sprachen sprechen, also das ist wirklich eine große Vielfalt und diese Vielfalt ist aus einer Perspektive eine große Chance, aber gleichzeitig eine wirklich der größten Herausforderungen im urbanen Bereich. Deshalb brauchen wir eine konkrete Integrationsstrategie und die haben wir wirklich gut vorbereitet. Der Prozess hat sehr lange gedauert, wie Sie wissen, ein Jahr lang haben wir uns dafür Zeit genommen, also das war keine Horuck-Geschichte, es hat vor einem Jahr die Brigitte Köksal, die ja leider verstorben ist, angefangen, alle Akteure zu befragen über das Referat, über die Altersstrategie und aufbauend auf diese Befragung haben wir einen Prozess mit Expertinnen und Experten aufgesetzt, die haben sich drei ganze Tage Zeit genommen, im Abstand von einem Monat, ein Rohkonzept zu formulieren und nach dem Rohkonzept sind wir in so eine Rüttelstrecke übergegangen, wir haben dann alle Integrationsbotschafterinnen und -botschafter eingeladen, hier auch einen Input zu geben, wir haben alle Integrations sprecherinnen und -sprecher miteinbezogen und haben so auch einen Feinschliff bekommen. Ich habe jetzt da vorher vergessen, die NGOs sind auch informiert worden, haben dann auch Zeit bekommen rückzumelden und das, was wir für gut geheißen haben gemeinsam mit den Experten, haben wir auch noch eingearbeitet. Herausgekommen ist eine Strategie, die eine sehr dynamische

Strategie ist, das heißt, die Maßnahmen, die wir heute beschließen, sind jetzt nicht in Stein gemeißelt, sondern, wenn man die Strategie wirklich aufmerksam gelesen hat, und das haben Sie sicher, wird man sehen, dass die einzelnen Säulen nach unten offen sind, das heißt, wenn Sie, egal welche Fraktion Ideen haben, wenn NGOs Ideen haben, wie man die Strategie noch verbessern können, dann bitte kommen Sie zu mir, dann werden wir das diskutieren. Also das ist ein Prozess, wir wollen, dass die Strategie sich weiterentwickelt und ich habe auch eine Idee vom MigrantInnenbeirat aufgenommen, sie wollten, dass wir eine Arbeitsgruppe einsetzen gleich jetzt, die ständig tagt und die Maßnahmen der Strategie mitumsetzen beziehungsweise die Strategie auch weiter entwickelt. Also diese Arbeitsgruppe werde ich auch einsetzen, der Andreas Molnar, mein Kollege, wird dann auch einen Zusatzantrag noch einbringen. Die Strategie soll auch sicherstellen, dass die Maßnahmen evaluiert werden, weil nur, wenn wir die Maßnahmen evaluieren können, können wir auch eine Integration mit Wirkung erzielen. Ich war ein bisschen verduzt, wie ich aus dieser Abteilung auch vernommen habe, dass wir die bisherigen Leistungen nicht wirklich systematisch evaluiert haben, das haben wir jetzt geändert, das machen wir und ich glaube, das wird auch eine Verbesserung bringen. Und diese Integrationsstrategie schreibt auch vor, dass wir die Integration als Querschnitt sehen, das hat auch der Menschenrechtsbericht aufgezeigt, dass wir zukünftig von allen Abteilungen erwarten können, dass alle Abteilungsvorstände in ihren Verantwortlichkeiten Integrationsprojekte vorbereiten und auch umsetzen. Das Vernetzen und auch das Monitoring übernimmt unser Integrationsreferat. Und die Strategie formuliert fünf Faktoren, die zu einer Integration mit Wirkung führen und die Faktoren haben wir mit konkreten Projekten gefüttert und in fünf Säulen gegossen, die fünf Säulen sind Sprachen, Rechte und Pflichten, Werte und Kultur, der interreligiöse Dialog und die Identifizierung, die letzte Säule ist noch am Schluss noch dazugekommen. Und wir haben diese Säulen gefüttert mit Projekten, die bereits bestehen, wo wir wirklich gute Erfahrungen gemacht haben, wo wir auch festhalten möchten, es sind auch eine Vielzahl an neuen Maßnahmenprojekten dabei und ich möchte jetzt nicht wirklich, es ist wirklich umfassend, Gott sei Dank, diese

Strategie, ich möchte einfach fünf Maßnahmen kurz vorstellen, dass man sich ein bisschen was darunter vorstellen kann.

Die Sprache ist uns ganz, ganz wichtig, vor allem auch schon im Bereich der Kinder und der Jugendlichen und bei der Erarbeitung dieser Strategie sind wir auch nach Wien gefahren, in andere Städte ebenso, und haben uns angeschaut, wie die anderen Städte die Integration und die Sprachförderung leben und wir haben dort gesehen, dass es ein Projekt gibt speziell für Schülerinnen und Schüler. Derzeit schaut es so aus in Graz, dass, wenn in einer Klasse mehr als acht Kinder mit nicht deutscher Herkunft und mit Sprachförderbedarf gehen, gibt es einen zusätzlichen Lehrer mit elf Stunden Deutsch als Zweitsprache. Es ist allerdings so, dass es in vielen Schulen funktioniert, in einigen nicht, weil in einigen Schulen diese Stunden nicht nur auf einen Lehrer fokussiert sind, sondern diese Stunden werden auf mehrere Lehrer aufgeteilt und es ist schon schwer, wenn ein zusätzlicher Lehrer in der Klasse ist und sich mit dem Hauptlehrer abstimmt und wenn dann vier zusätzliche Lehrer kommen, ist es oft schwer. Und in Wien gibt es ein Projekt, das nennt sich Neu-in-Wien-Kurse, das ist so, das ist eine Mischform zwischen der Forderung, dass es Vorbereitungsklassen geben soll und dem jetzigen Modell, nämlich, dass die Kinder, die Quereinsteiger, an zwei Tagen in der Woche disloziert in einer Klasse intensiv unterrichtet werden, vor allem, was die deutsche Sprache anbelangt und an den restlichen drei Tagen sind diese Kinder dann im Klassenverband. Also durchaus integrativ und wir erhoffen uns, dass da noch mehr weitergeht und da sind wir ja eigentlich nur in guter Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat und mit dem Land Steiermark, weil wir haben schon die Zusage, dass wir neu in Graz Klassen bereits ab Herbst eröffnen können, was mich sehr, sehr freut (*Applaus ÖVP*).

Wir haben vor einen Willkommenskompass zu machen, Sie wissen, wir haben eine Willkommensbroschüre, die ist mittlerweile 120 Seiten stark, das ist ein sehr umfangreiches Werk, ist sicher gut, wir werden daran festhalten, wir werden zusätzlich einen kleinen Willkommenskompass in Anlehnung an den Sozialkompass entwickeln, wo man wirklich sehr einfach Informationen nachlesen kann, wenn man zuzieht nach

Graz, das Rechtssystem, aber auch Anlaufstellen für Zugezogene. Wir werden auch Integrationsstammtische einrichten, wir wissen, es gibt einen großen Diskussionsbedarf insgesamt, was die Integration betrifft und ich habe mit einigen Stadtregierungsmitgliedern auch vor kurzer Zeit geredet. Es ist wichtig, dass man die Sorgen der Menschen anhört und das werden wir machen und wir werden, ich habe auch mit Elke Kahr gerade vorher geredet, wir werden dort Zugezogene mitnehmen, dass sie sich auch mit Leuten, die jetzt Bedenken haben, gut austauschen können. Wir werden die Radikalisierungsworkshops für Schulen bereitstellen, da gibt es schon welche, bis jetzt von ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus bereitgestellt seit zirka einem halben Jahr, wenn Lehrern auffällt, dass Kinder auffällig sind, dass Pädagoginnen und Pädagogen diese Fachleute bestellen können, die führen dann mit den Kindern Sensibilisierungsmaßnahmen durch. Wir haben gehört, dass das sehr, sehr stark in Anspruch genommen wird, deshalb haben wir uns auch entschieden, eine weitere Schiene mit dem Afro-Asiatischen Institut ins Leben zu rufen und die letzte Maßnahmen, die ich kurz beschreiben möchte, wir haben vor, eine neue Willkommenskultur in Graz einzuführen, wir möchten jedes Jahr vier Welcome-Veranstaltungen machen, da ist egal, ob das Syrer, da werden alle Zugezogenen eingeladen, egal Syrer, Deutsche oder Kärntner, die, die einfach zuziehen in einem Jahr werden zu diesen Veranstaltungen eingeladen, wir werden den Bezirksvorsteher dabei haben, die Fraktionen sind dabei, die Vereine in den Bezirken können sich vorstellen. Ich glaube, dass das eine ganz gute Sache ist, wir werden schauen, wie das auch angenommen wird. Und ganz kurz, das waren fünf Maßnahmen, ein kleiner Auszug, aber es zeigt, dass diese Strategie jetzt nicht nur eine gut und leicht zu lesende Strategie ist, die in irgendeiner Sphäre herumschwebt, solche Papiere haben wir zur Genüge gehabt. Diese Strategie ist wirklich mit konkreten Maßnahmen unterfüttert und es liegt an uns allen, diese Projekte umzusetzen und ich bin wirklich bereit, dass wir neue Ideen aufsetzen und auch in diese Strategie einfließen lassen und abschließend darf ich den Gemeinderat um eine breite Zustimmung bitten und bin mir sicher, dass wir mit der vorliegenden Integrationsstrategie ein Werkzeug haben, um

die großen Herausforderungen, die wir zweifellos mit der Integration haben, bestmöglichst meistern zu können (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Bildung, Integration und Sport den Antrag, der Gemeinderat wolle das einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende ExpertInnenpapier Integration Mit/Wir/KUNG – Integrationsstrategie der Stadt Graz 2015 – 2020 als Leitlinie für die kommunale Integrationspolitik beschließen.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung! Ich glaube, du hast es wesentlich auf den Punkt gebracht jetzt, Kurt, als du die Maßnahmen vorgestellt hast und da geht unsere Hauptkritik jetzt auch schon hin. Es ist ein Maßnahmenpapier und es ist keine Strategie. Wenn ich eine Strategie erarbeiten will, dann muss noch einmal dahinter was anderes passieren. Du hast gesagt, ihr habt ein Jahr daran gearbeitet, es stimmt gar nicht, es gibt schon viel mehr Vorarbeiten dazu. Ich kann mich erinnern, 2013 noch unter Eisel-Eiselsberg hat es einen sicher nicht billigen, vor allem sehr umfangreichen, sehr wertschätzenden Dialog gegeben mit allen NGOs, mit IntegrationssprecherInnen, mit Integrationspersonen, mit Lehrenden im Primavera und da ist relativ viel Material reingekommen, ich weiß nicht, wo dieses Material hin ist. Wir haben im Stadtentwicklungskonzept 2011 umfangreich als Stadt festgelegt, wo wir in der Integration hinkommen wollen, egal ob es jetzt mehr Grünraum ist oder was immer wir auch dort festgeschrieben haben, es bildet sich hier nicht ab. Der Bürgermeister hat die Charta des Zusammenlebens mitunterschrieben im Rahmen der Regionenverträge, wo ganz klar diese Verbindlichkeit Richtung Diversität hingeht, wo ganz klar ist, auch darum geht es, es geht nicht um ein Einordnen von Zugezogenen, um ein Einordnen von MigrantInnen, auch das wurde nicht wirklich

einbezogen. Meine Bitte wäre, einfach noch einmal breiter aufzumachen und sich das noch einmal genauer anzuschauen. Es ist so, dass sehr viele nicht involviert worden sind in die Erarbeitung dieses Papiers, das ist auch eine unserer wesentlichen Kritiken, dass wir sagen, ich muss NGOs einbinden. Wenn du sagst, die NGOs wurden eingebunden, die wurden am 1. Juni zu einem Termin eingeladen, wer konnte, kurzfristig. Sie konnten bis 3. Juni rückmelden, was sie zu dieser Strategie zu sagen haben, es war nur so, dass sie diese Strategie nicht einmal schriftlich ausgehändigt bekommen haben, dieses Papier, sondern nur eine PowerPoint-Maßnahmenpräsentation, wie wir sie als IntegrationssprecherInnen auch bekommen haben. Ich finde einfach, so sollte man miteinander nicht umgehen. Das Argument, die NGOs würden ja Geld bekommen, würden ja abhängig sein, das hinkt vorne und hinten, weil egal, ob ich eine Bildungsstrategie erarbeite, egal ob ich einen Finanzausgleich in den Ländern verhandle, es müssen immer diejenigen, die betroffen sind, die sich einsetzen, nämlich nicht für sich selbst, sondern für die, für die sie verantwortlich sind, und die NGOs fühlen sich verantwortlich nicht für die eigene Organisation, sondern für die Menschen in dieser Stadt. Die sind eingeladen worden in einen 40-Minuten-Termin, wo du nach 20 Minuten weg musstest und wo ganz wenig Rückmeldemöglichkeit war, so geht man miteinander nicht um, das macht eine Stimmung in dieser Stadt und ich will nicht, dass diese Stimmung so weitergeht. Aber dazu werde ich auch noch kommen. Wesentliche Themenfelder... also es ist einiges sehr gut angesprochen worden, dass wir Zuwanderungsstadt sind und, und, und aber es hat ganz stark diesen Fokus, ihr müsst euch einordnen, ihr müsst unsere Werte übernehmen, also es wird Diskurs übernommen, wie wir ihn leider wieder stärker jetzt in Österreich und in der Steiermark zu spüren bekommen, der sehr nachdenklich stimmt. Du hast gesagt, ihr wart in Wien, vielleicht hättet ihr auch nach Linz fahren sollen. Linz hat ein Integrationsleitbild entwickelt, das heißt, Einbeziehen statt Einordnen. Das ist was, was ich mir gewünscht hätte für dieses Integrationsleitbild, wie wir es hier haben. Aber auch davon ist ganz wenig zu spüren. Es ist so, dass die Säulen, die du definiert hast, also das war eine Rückmeldung von unserem Klub ja auch,

was ist mit der Antidiskriminierungsarbeit, wir haben eine Antidiskriminierungsstelle in der Stadt, was ist mit der Rassismus-Arbeit? Das bildet sich dort nicht ab, es ist sehr ausgeklügelt, ausgetüfelt Richtung Sprache, da ist auch was gelungen, aber das ist nur ein Bereich, für den du zuständig bist. Es ist so viel mehr in dieser Stadt zu tun. Wir haben eine so viel größere Verantwortung in dieser Zeit, noch viel mehr, als wir es bisher zu spüren bekommen haben und damit meine ich nicht nur den Ausgang der letzten Wahlen. Ich habe eine große Bitte an dich, also du hast im Facebook ein lustiges Video gepostet, wo du ein Rad vorwärts schlägst und andere dazu eingeladen. Ich bitte dich heute um den Salto rückwärts, nämlich den Salto rückwärts, zurück an den Start, einbeziehen, noch einmal zu schauen, wer war da nicht eingebunden, wo können wir schauen, dass wir uns breiter aufstellen. Weil eines ist mir schon klar, wenn wir das jetzt einfach durchwinken und durchpressen in dieser unfertigen Form, wie es da ist, dann kneifen wir vor einer Verantwortung in dieser Stadt, du kneifst vor einer Verantwortung, die du als Integrationsstadtrat hast und die ist größer und es ist ja das, was im aktuellen politischen Diskurs passiert, egal ob es der Kurz auf Bundesebene ist, egal ob es die Mikl-Leitner ist, statt dass man reingeht und sagt, wir haben eine Verantwortung, es gibt Herausforderungen, es ist ganz eine schwierige Situation, die wir jetzt haben, das sagen wir auch ohne jegliche Sozialromantik, aber statt da hinzugehen und zu sagen, aber jetzt, ich als Regierungsverantwortlicher, ich stelle mich dem, ich kämpfe dafür, dass es ein besseres Zusammenleben gibt mit Mehrheitsgesellschaftseinbezug, mit Minderheiteneinbezug, das würde ich mir wünschen, das passiert aber in dieser Weise nicht, wenn ich einfach sage, schnell, schnell, schnell einfach was durch, ein Papier durch, es ist nur ein Papier, aber wenn da nicht mehr passiert, dann wird sich auch in dieser Stadt zuwenig tun.

***Zwischenruf StR. Hohensinner, MBA: Man merkt, dass du nicht im Ausschuss warst.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Deswegen formuliere ich auch noch unseren Abänderungsantrag: Die Integrationsstrategie wird einer weiteren Bearbeitung unterzogen und zwar unter Einbeziehung der oben genannte Grundlagen, Stadtentwicklungskonzept, Charta, Evaluierungsergebnisse.

Ich war vielleicht nicht im Ausschuss, aber ich bin lange genug in der Migrationspolitik, dass ich diese Papier im Unterschied kenne und auch schätze und in Diskussion mit IntegrationsexpertInnen, VertreterInnen der NGOs und dem Menschenrechtsbeirat.

Die in einem Diskurs erarbeitete, tragfähige und umfassende Integrationsstrategie wird im Herbst 2015 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Ich ersuche um Annahme. Danke.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegende Strategie ist für mich ein Rahmen, der in die richtige Richtung geht, wenn ich es aus dem Gesichtspunkt her beurteile, dass Integration ein wechselseitiger Prozess ist, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten. Bislang war das vielfach und sehr häufig so, dass Migranten und Migrantinnen vor allem ihre Pflichten erfüllen haben sollen und ihnen quasi nur dieser Bereich immer in den Vordergrund, ist ihnen in den Vordergrund gestellt worden, während ihre Rechte bis zu einem gewissen Punkt ständig vorenthalten worden sind. Es geht insofern für mich in die richtige Richtung, dass da dieses ausgewogene Verhältnis in der Strategie schon sichtbar wird, dass also einfach bestimmte Entwicklungen und Maßnahmen durchaus auch irgendwie gesetzt werden, wo die Stadt ihrer Verantwortung sich bewusst wird und erste Schritte in Richtung Maßnahmen setzt, die ich durchaus als positive Entwicklung sehen kann. Jetzt sage ich nicht, dass mit einigen Maßnahmen, die jetzt schon gesetzt werden, das alles

in kürzester Zeit auch erfüllbar sein wird, das ist so sicher nicht zu sehen, es wird immer wieder ein weiterer Prozess sein müssen herauszufinden, wo setzt man an, was macht man wie und Querschnittsmaterie heißt eben auch, dass sich auch alle anderen in der Stadtregierung auch dafür verantwortlich fühlen müssen, dass es auch irgendwie Bereiche gibt, wo man eigenständig, im eigenen Ressort Maßnahmen umsetzen muss. Wichtig ist für mich aber sehr wohl, dass man Migranten und Migrantinnen mit ihren Kompetenzen und Ressourcen auch wahrnimmt, nicht immer nur diese defizitorientierte Sichtweise in den Vordergrund stellt, das ist für mich in der Strategie durchaus angelegt. Und jetzt sage ich nicht, dass ich glaube, damit ist alles schon erfüllt, aber das Wichtige ist für mich schon, dass weitere Maßnahmen eben gesetzt werden können und wenn man jetzt sagt bei den fünf Säulen und Faktoren, es würde nicht alles abbilden, was notwendig wäre, dann sage ich, sie sind so offen, dass ich auch politische Forderungen wie zum Beispiel Kommunalpolitisches, also Wahlrecht für alle auf kommunalpolitischer Ebene, durchaus auch irgendwie als eine Maßnahme in diese Strategie hineinfordern oder -formulieren kann. Das heißt, für mich ist es ein Ausgangspunkt, es ist eine große Herausforderung für alle in der Stadt und es wird nicht nur auf kommunalpolitischer Ebene an uns liegen, was alles noch an zukünftigen positiven Aspekten umgesetzt werden muss, weil es ist eine finanzielle Frage, eine Frage auch unterschiedlicher Kompetenzen auf den anderen politischen Ebenen, aber als Strategie halte ich es einmal für einen Ansatzpunkt, an dem man weiterarbeiten kann und im Zusammenhang mit der eingebrachten Vorstellung, eine Arbeitsgruppe in dem Bereich auch ständig begleitend einzurichten, halte ich das mal für ein wesentliches Instrumentarium, auf das man sich als KPÖ auch durchaus einstellen kann. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat! Ich stehe nicht an, vorweg auch danke zu sagen an die Abteilung und auch an das Referat, weil wie dieser Prozess auch zu dieser

Strategie abgelaufen ist, also das ist durchaus vorbildhaft. Frühzeitige Einbindung aller Fraktionen, das würde man sich in anderen Bereichen auch so wünschen. Das war wirklich sehr gelungen, ein Danke auch an dich, Kurt, als zuständiger Stadtrat. Wir haben es erlebt, auch in der Wahlauseinandersetzung, das Thema Zuwanderung, Integration ist das Thema Nummer eins, hat alles überdeckt, brennt den Menschen auch unter den Nägeln. Es finden sich in dieser Strategie durchaus einige Punkte, die wir unterstützen werden. Sei es im Bereich, vor allem im Bereich, wenn es darum geht, mehr auch Deutschkurse anzubieten für die Zuwanderer oder andere Dinge. Die Strategie als Ganzes werden wir aber ablehnen, wir werden nicht zustimmen, weil die Grundintention aus unserer Sicht eine falsche ist. Ich würde fast sagen, sie beinhaltet einen realitätsfernen Ansatz. Eine Aussage aus dem Motivenbericht zu dieser Strategie, den möchte ich aber zu hundert Prozent unterschreiben, nämlich, ich zitiere, die Tendenz zur Zuwanderung aus dem In- und Ausland ist seit Jahren steigend und stellt vor allem in einem urbanen Raum wie Graz eine Realität dar. Ja gut, das ist Faktum, ob das jetzt so positiv ist, zumal es ja hauptsächlich eine Zuwanderung in die sozialen Systeme ist und nicht eine qualifizierte Zuwanderung, ob das so positiv ist, ja, diese Frage bleibt offen. Die Zahlen sprechen zumindest in den letzten 15/20 Jahren für sich. Seit dem Jahr 2000 sind in Österreich eine Million Ausländer zugezogen, schon der Hausverstand müsste einem eigentlich sagen, dass da Integration, so wie Sie es vorhaben, ja quantitativ ja gar nicht mehr möglich ist. Also das ist einfach etwas, wo man die Realität auch sich betrachten muss und da von Integration zu reden, das ist aufgrund dieser Anzahl an Menschen, die in Österreich zugewandert sind, nicht mehr möglich und so wie die Prognosen sind, wird ja das nicht weniger werden, sondern eher mehr. Ich würde mir wünschen, dass man auch im Bereich der Arbeitslosigkeit, auch im Bereich der Armutsbekämpfung für die österreichische Bevölkerung ähnliche Aktivitäten an den Tag legt wie hier bei diversen Integrationsmaßnahmen, das wäre auch etwas, was durchaus auch aus den Ergebnissen der letzten Wahl herauszulesen ist. Aus unserer Sicht sind solche Strategien, solange es Menschen gibt, und das ist mittlerweile mehr als die Hälfte, die nicht bereit sind, sich in unsere Gesellschaft auch

zu integrieren, sind solche Strategien sinnlos, solange es diese Eingliederung in unsere Strukturen, in unser Wertesystem und auch in unsere Gesetzeswelt nicht gibt und hier auch von vornherein das abgelehnt wird. Wenn Sie da sprechen, Frau Kollegin Polz-Watzenig, Einordnung ist zuviel verlangt, dann sage ich, genau das ist wichtig, die Leute müssen sich auch an unsere Gesetze halten und nicht irgendwelchen Parallelgesetzgebungen, wie wir sie auch schon erleben, vor allem im islamischen Bereich, da Tür und Tor öffnen, also das ist mit Sicherheit der falsche Ansatz (*Applaus FPÖ*). Was wir brauchen, sind klare Spielregeln, klare Spielregeln, die für alle gelten, Integration ist nicht Aufgabe, und da bin ich auch ganz auf der anderen Seite von Ihnen, Frau Kollegin, Integration ist nicht Aufgabe von uns Österreichern, ich muss nicht Türkisch lernen, damit ich mich am Griesplatz unterhalten kann, sondern ich erwarte mir, dass die Zuwanderer Deutsch lernen, um sich mit mir zu unterhalten (*Applaus FPÖ*). Integration ist immer nur dann möglich, wenn es in einer Mehrheit passiert, eine Integration, die Minderheit auf der anderen Seite, das ist nicht möglich. Das was wir brauchen, ist eine Null-Toleranz-Politik bei Integrationsverweigerung, wir brauchen eine Überwachung der Integration und wenn das auch nicht eingehalten wird, dann brauchen wir eines, nämlich die Abschiebung. Abschließend, weil der Herr Stadtrat das auch eingebracht hat, natürlich ist Zuwanderungspolitik in erster Linie oder fast ausschließlich Bundeskompetenz, über das brauchen wir da gar nicht diskutieren, aber sehr wohl haben die Kommunen auch hier Verantwortung, weil wir sind diejenigen, die diese verfehlte Zuwanderungspolitik dann letztendlich ausbaden müssen. Wir müssen teure, von Steuergeld bezahlte Integrationsmaßnahmen auch finanzieren, um das auszubügeln, was hier verbockt wird und auch die Asyldebatte, wir werden sie hier heute nicht führen, aber die führt ja dann dazu, dass man solche weiteren Maßnahmen brauchen, weil wir uns die Probleme von morgen da einfangen. Weil bei der Asyldebatte kommen wir über das Thema nicht hinweg, dass es sich bei zu 70/80 % um Einwanderung in unsere Systeme handelt und um Wirtschaftsflüchtlinge und nicht um die, die wirklich Asyl und Schutz brauchen, also das muss an dieser Stelle auch gesagt werden. Weil in dieser Strategie auch immer von muttersprachlichem Unterricht in den

Schulen die Rede ist, das ist ja auch so ein Zeichen von verfehlter Zuwanderungspolitik. Weil wenn es nämlich qualifizierte Zuwanderung gegeben hätte in den letzten Jahren, dann wäre das gar nicht notwendig. Weil wenn qualifizierte Familien zu uns gezogen wären, dann würden die ihren Kindern auch ihre Erstsprache beibringen, sodass sie zumindest im Volksschulalter ihre eigene Sprache können und das ist nicht der Fall und deswegen ist das auch so ein Symptom für die verfehlte Zuwanderungspolitik der letzten Jahre. Abschließend, wir brauchen keine weiteren Integrationskonzepte und -strategien, die auf Sicht gesehen ja gar nichts bringen und auch nicht funktionieren können, sondern wir müssen, auch aus der Kommune heraus, auch aus der Stadt Graz heraus, Druck auf den Gesetzgeber machen, der schlussendlich dazu führt, dass es nach dem Prinzip der Minuszwanderung, das bringen wir nämlich auch immer wieder ein, in Österreich aufhältige Ausländer, dass die es wieder für attraktiv befinden, in ihre Heimat zurückgeführt zu werden oder zurückzugehen und jene, die kriminell sind, die die Integrationsunwilligkeit leben und die, auch für die, die keinen Platz am Arbeitsmarkt finden, für die muss es ganz klar so sein, dass sie den Aufenthaltsstatus in Österreich verlieren, das ist, glaube ich, auch zukunftsgerichtete Politik im Sinne der österreichischen Bevölkerung (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Geschätzter Herr Vorsitzender, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Danke, Armin, für diese, deine Rede, ich werde es mir im Protokoll schlussendlich rauskopieren, es eignet sich hervorragend für den Lateinunterricht, Kapitel Rhetorik als Beispiel sophistischer Redeübung. Für diesen Raum hier aber ist sie eigentlich ungeeignet, würde ich einmal sagen, denn es ist nicht gerade eine Rede, die zur konstruktiven Politik beiträgt. Erstens, weil die halben Themen, die du angeschnitten hast, gar nicht Grazer Politik sind, sondern Sache des Bundes und des Landes und zweitens, weil nicht gerade eine Haltung daraus spricht, die dazu geeignet ist, Probleme zu lösen, anzugehen, sondern

die, wie Feuerwehrleute, die Feuer schreien, agieren und das sind eigentlich nicht die besten Feuerwehrleute. Ich glaube, sie werden das bestätigen, Feuerwehrleute sind dazu da, Feuer zu löschen und nicht Feuer zu schreien oder gar das Feuer noch weiter anzustacheln (*Applaus SPÖ*), soweit als Vorbemerkung.

Erstens einmal möchte ich meinen Dank an den Stadtrat Hohensinner und natürlich auch an das zuständige Referat beziehungsweise die Abteilung für Bildung und Integration richten. Das Strategiepapier ist aus unserer Sicht ein gutes Strategiepapier, es ist kein perfektes Strategiepapier, man kann vieles finden, was noch fehlt, was wir noch ergänzen würden. Der Herr Stadtrat hat aber auch angekündigt, dass er bereit ist, und dass dies auch ein offenes Papier ist, wo man auch das eine oder andere noch ergänzen kann. Aus unserer Sicht ist die Zielrichtung und das ist auch schließlich das Wichtigste, die Zielrichtung ist eine gute, die Haltung, die aus diesem Papier spricht, ist absolut begrüßenswert, es ist auch die Haltung, die wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen teilen. Graz wächst, Graz hat Zuwanderung, das ist grundsätzlich auch gut. Einerseits Zuwanderer, die schlussendlich aus verschiedensten Gründen innerhalb Österreichs und außerhalb Österreichs zuwandern. Integration heißt, alle Menschen, die hier in dieser Stadt leben, auch gemeinsam zu betrachten, auf verschiedene Bedürfnisse einzugehen, wichtig ist aber auch und das ist ebenfalls in diesem Papier enthalten und es entspricht ebenfalls unserer Haltung, dass es Grundwerte gibt und Grundregeln, Gesetze einerseits aber auch andere Regeln natürlich, die die Stadt selbst sich gibt und diese Grundregeln sind selbstverständlich auch von allen Bürgern und Bürgerinnen einzuhalten. Sowohl von den zugewanderten als auch natürlich schon von den bereits länger hier lebenden und auch diese Grundwerte sind im Papier enthalten und das finde ich auch durchaus begrüßenswert. Ich finde es auch begrüßenswert, dass ein Schwerpunkt auf das Thema Kinder und Jugendliche und Bildung gelegt ist einerseits, weil der Stadtrat selbst dafür zuständig ist und es daher auch ein Stückweit in seiner eigenen Kompetenz hat, das umzusetzen und es ist auch immer gut, Dinge sich zum Ziel zu setzen, die man auch selber umsetzen kann. Andererseits aber auch, weil das natürlich nachhaltige Integrationspolitik ist,

wenn man bei den Kleinen anfängt und nicht erst später im Erwachsenenleben dann Maßnahmen setzt, die natürlich aber auch notwendig sind. Liebe Astrid, zu deiner Wortmeldung und auch zu deinem Abänderungsantrag. Einige deiner Punkte, die du genannt hast, sind schon zurecht kritikwürdig, das stimmt. Allerdings das Fazit, das du daraus ziehst, dass man wieder zurück zum Start, Rolle rückwärts oder was auch immer, was du sozusagen gefordert hast, dass man noch einmal zum Start geht und noch einmal den Prozess von vorne startet, das halte ich für eine Zeitverzögerung, die bei diesem Thema absolut unangebracht ist. Und selbst eine Verzögerung bis zum Herbst sehe ich persönlich als nicht ideal, denn ich glaube, es ist wichtig, dass wir jetzt diesen Weg gehen und die Maßnahmen, die enthalten sind, sind gut, das Ziel ist ein gutes, also gehen wir den Weg. Und ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir in einer möglichst breiten Mehrheit diesen Weg gemeinsam auch beschließen und dann gehen, dass wir die Kräfte, die konstruktiv in diesem Raum hier arbeiten, bündeln, dass wir uns hier nicht auseinanderdividieren und die, die wahrscheinlich dagegen stimmen werden und die hier eine Opposition bieten, dass wir die rechts liegen lassen und dass der Rest von uns aber gemeinsam jetzt diesen Weg geht, denn die Strategie ist nur so viel wert, wie dann schlussendlich auch die Mehrheit, die daran konstruktiv arbeitet und die diesen Weg auch geht. Und hier kann ich nur den Appell jetzt an alle im Prinzip richten, möglichst breit doch dieser Strategie zuzustimmen, denn dann wird sie die Kraft haben, auch tatsächlich die Schritte umzusetzen, die drinnen sind, ich finde es gut, es ist eine Querschnittsmaterie, auch die andere Ressorts betrifft, da wird es sicher Gespräche geben. Ich glaube, je breiter hier auch die Diskussion ist, je stärker der Stadtrat die anderen auch mitnimmt und Gespräche führt, desto besser. Wir werden daher auch dem Zusatzantrag der ÖVP natürlich zustimmen, das ist gut, dass sich der Beirat das auch weiterhin ansieht und in regelmäßigen Abständen. Der Stadtrat hat auch Evaluierungen in regelmäßigen Abständen im Ausschuss angekündigt und in Aussicht gestellt. Ich glaube, das ist gut und jetzt lasst uns alle miteinander mit eben dieser Kraft auch diesen Weg gehen. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.00 Uhr den Vorsitz.***

GR. Mag. **Molnar**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt! Auch ich möchte mich als Integrationssprecher unserer Fraktion herzlich für deinen Einsatz, für dieses Strategiepapier bedanken und auch allen Mitarbeitern, Fürntratt und auch lieber Herr Grosz, herzlichen Dank. Bevor ich noch den Zusatzantrag einbringe, ist es mir ein großes Anliegen, wirklich das noch einmal herauszustreichen, was in dem Papier auch zu sehen war, dass es eine Querschnittsmaterie ist und da ist hier auch meine große Bitte wirklich an die ganze Stadtregierung, sich zu überlegen, wie und wo man dieses Papier in ihren Ressorts umsetzen kann und auch Anwendung finden kann. Weil nur so wird das, glaube ich, erfolgreich oder umsetzbar sein. Bevor ich noch ganz kurz... möchte ich nur auf ein, zwei Vorredner Stellung nehmen. Armin, ganz kann ich nicht verstehen das Argument Muttersprache-Zusatzunterricht, hätten sie sich qualifiziert, dann bräuchten wir das nicht oder wir können in der Schule den Deutschunterricht abschaffen, weil das heißt, dass alle Eltern, die zu Hause Deutsch sprechen, ihren Kindern nicht gescheit Deutsch beibringen. Also das Argument hat mir mein letztes Haar gekostet. Ganz kurz auch, Astrid, deine Bedenken wollen wir insofern hier zerstreuen mit diesem Zusatzantrag, den wir hier einbringen. Wesentlicher Punkt, das ist uns ganz klar, dieses Papier ist nicht fertig, wir sehen, wenn wir die Bevölkerungsstatistik anschauen in den letzten Jahren, letzten drei/vier Jahren, kommen aus diesen Ländern, aus denen Regionen, es ist kein starres Papier und deswegen ist es uns ein großes Anliegen, diesen Zusatzantrag einzubringen bezüglich TOP 14, der Integrationsstrategie 2015 – 2020, Aufnahme einer Anregung des MigrantInnenbeirates. Also der MigrantInnenbeirat hat die nachstehende Anregung zur Integrationsstrategie 2015 - 2020 erstattet, die in dieser aufgenommen werden sollen.

Namens des ÖVP-Clubs stellt ich den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dass der MigrantInnenbeirat eine ständige Arbeitsgruppe mit ExpertInnen, Wissenschaft, Sozialpartner, Vertreter der Zielgruppe und Vertreter der NGOs einzurichten haben, welche zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Integrationsstrategie in der Stadt Graz begleitet, in die Integrationsstrategie auf 2015 bis 2020 aufnimmt. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt, mit dem können wir dem MigrantInnenbeirat auch eine Möglichkeit geben, seinen Input einfließen zu lassen und das Ganze soll ein aktives Papier sein. Herzlichen Dank (*Applaus ÖVP*).

Bem. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich möchte darauf hinweisen, dass Frau Andrea Kettemann uns angekündigt hat, dass sie heute mit zwölf Schülerinnen und Schülern der GIBS Graz zur Gemeinderatssitzung kommen wird. Ich darf Sie auf der BesucherInnengalerie ganz, ganz herzlich begrüßen (*allgemeiner Applaus*).

GR.<sup>in</sup> **Ribo**: Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste auf der Galerie! Also ich bin auch nicht glücklich mit dieser Integrationsstrategie. Ich selber war im Ausschuss am Dienstag und dort wurde ja ständig betont, dass es etwas ist, was noch in Arbeit ist, es muss noch einiges gemacht werden, wir dürfen das nicht als ein endgültiges Ergebnis sehen. Da frage ich mich auch, warum beschließen wir denn das, wenn das noch nicht fertig ist? Ist es eine Art Rohfassung oder ist es die endgültige Strategie? Also für mich ist schon eine Strategie ein fertiges Papier, das natürlich an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden soll und muss, aber die wesentlichen Themenfelder und Maßnahmenbereiche müssen klar benannt werden. Also, es kann kein Papier sein, das alles noch offen lässt und vor allem für so ein wichtiges Papier sollte einfach mehr Zeit da sein, vor allem in Zeiten wie diesen, wo auf jeder Ebene der Politik der Rechtsruck einfach spürbar ist, was mir persönlich sehr Angst macht,

wurden einige Experten und Expertinnen nicht eingeholt, wie zum Beispiel der Menschenrechtsbeirat, der wurde nicht einmal darüber informiert und mir kommt es eher so vor, ja, es war eine Art Pflichtaufgabe, die wollte man ganz gut erledigen, man wollte irgendwie, dass es so schnell wie möglich vom Tisch ist, damit ja nicht irgendwie ein öffentlicher Diskurs in Zeiten wie diesen irgendwie aufkommt, wo die ÖVP vielleicht womöglich irgendwie in Bedrängnis kommt, es richtig zu erklären, was da genau jetzt drinnen ist. Ich möchte eine Säule schon herausnehmen, die Sprachsäule, die wurde da ganz genau mit Maßnahmen benannt, also das hätten wir uns auch bei den anderen Säulen gewünscht und was uns oder was uns Grünen natürlich gefehlt hat, wo spiegelt sich die Gestaltungsebene der Stadt Graz in dieser Strategie wider, also ich habe es nicht genau erlesen können. Ich möchte nicht sagen, dass es in die Richtung geht, dass es eine Bringschuld ist, aber es ist einiges noch dabei, die Fremden sollen sich in unserer Gesellschaft einordnen, unsere Pflichten annehmen, weil anscheinend kommen sie ohne irgendwelche Werte und Pflichten hierher. Und noch einen Punkt möchte ich irgendwie zur Wortmeldung von der FPÖ sagen, da geht es um muttersprachlichen Unterricht beziehungsweise überhaupt um die Muttersprache. Ich habe selber einen achtjährigen Sohn, ich habe mich damals wirklich mit vielen Experten und Ärzten beraten, wie ich da vorgehen soll und alle haben mir dazu geraten, mit dem Kind in den ersten Jahren die Muttersprache zu sprechen und mein Sohn ist jetzt in der dritten Klasse und hat überhaupt keine Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache, also da braucht man keine Angst haben. Und vielleicht noch eines, wenn eine Strategie auch von der FPÖ gelobt wird, dann ist es für mich schon ein Zeichen irgendwie oder sollte ein Zeichen sein, dass da irgendwas nicht stimmt. Danke (*Applaus Grüne*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Lieber Kurt! Den guten Willen will ich dir nicht absprechen, hier einen Beitrag zum guten Zusammenleben in der Stadt zu leisten, der ja auch als Integrationsstadtrat sehr stark auch in deiner Verantwortung liegt, aber in unser aller

Verantwortung. Aber wie man bei dem Beitrag der FPÖ heute sieht oder auch gestern im Nationalrat, halbherzige Diskussionen führen zu herzlosen Debatten. Und so wie ich, ich gehe jetzt nicht so sehr auf die Inhalte ein dieser Strategie, sondern das Rundherum, wie die Entstehungsgeschichte und wie die Diskussion darüber versucht wurde, nicht zu führen. Ich habe mitbekommen, dass deine Sorge war, jetzt das tiefer zu diskutieren, womöglich breiter auch mit der Stadtgesellschaft zu diskutieren, momentan sehr viel von Angst bestimmt ist in diesem Diskurs, womöglich die falschen Menschen und die falschen Gefühle in der Stadt anzusprechen. Aus dieser Angst heraus hat man dann ein Papier, das offensichtlich noch einiges an Arbeit braucht und hat sich nicht die eine Chance genommen oder gegeben, die jetzt genau in einer Stadt, die immer von Migration bestimmt wird, Stadt ist Migration, in einer Stadt sind immer Zuwanderungen geschehen und Städte haben sich immer dadurch auch weiterentwickelt und haben sich dem immer stellen müssen. Aber sich genau jetzt, wo wir diese Debatte darüber haben, wie sehr wir überhaupt damit umgehen, ob wir überhaupt nicht schon längst über die Integration hinausdenken müssten, nämlich darüber, wie gutes Zusammenleben zwischen unterschiedlichen Menschen passiert, das ist eigentlich die Grundfrage. Nicht so sehr die Frage, die einen und die müssen sich jetzt anpassen an uns und wer ist überhaupt uns, sondern die Grundfrage ist doch dahinter, wie kann gutes Zusammenleben in einer Stadt organisiert werden und deswegen halte ich es wichtig anzukündigen, dass es eine Querschnittsmaterie ist, aber mit mir hast du zum Beispiel nicht gesprochen darüber, andererseits habe ich inzwischen Förderwerber bei mir, die sagen, im Gesundheitsbereich ich soll jetzt alles finanzieren, was bisher auch von euch finanziert wurde, aber mein Budget ist dafür gleich geblieben. Gleichzeitig wurden zuletzt 500.000 Euro von deinem Budget hinüber zum Bürgermeister geschoben, also ich verstehe manche Dinge nicht, weil sie nicht zusammenpassen mit dem, was da proklamiert wird, aber nicht unterfüttert ist. Aber noch einmal zurück, ich hätte mir gewünscht, dass wir in der Stadt, die sich Menschenrechtsstadt nennt, die eine gute Tradition hat von vielen NGOs, von vielen engagierten BürgerInnen, die sich hier wirklich ganz aktiv für ein gutes Zusammenleben

einsetzen ehrenamtlich, in der Nachbarschaft, jetzt auch bei der Flüchtlingsbetreuung kann man das täglich sehen, hier wirklich rauszugehen, so wie wir es damals bei Zeit für Graz auch geschafft haben, mit einigen, da waren tausend Menschen beteiligt, darüber zu reden, wie kann in dieser Stadt gutes Zusammenleben gelingen und diesen Prozess so aufzusetzen, also wesentlich mehr hineinzuholen und damit dem Partizipationsansatz gerecht zu werden, weil Partizipation kommt ja meines Wissens in dieser Strategie fast nicht als Wort vor und genau Partizipation ist das, wo wir auf Augenhöhe miteinander leben. Und wenn es um BürgerInnenbeteiligung geht, müssen wir darüber nachdenken, wie man MigrantInnen einlädt, dazu beizutragen, in ihrer Stadt mitzugestalten, um nicht nur zum Beispiel über das Thema Integration identifiziert zu werden, solche Themen werden nicht aufgegriffen und das ist aber genau das, was wir in der Breite gerne diskutiert hätten und deswegen gibt es von uns den deutlichen Wunsch, das noch einmal, nicht von vorne, aber auch auf der Grundlage, die es ja schon gibt, auch weiter zu diskutieren. Ein Hinweis an die Sozialdemokratie. Was mich schon in der ganzen Debatte wundert, seit der Ex-Landeshauptmann Voves aufgegriffen hat die berühmte Unwilligkeit zur Integration, dass niemand, und da muss ich jetzt wirklich zur Verteidigerin der Charta des Zusammenlebens ausrücken, als Nichtsozialdemokratin, niemand auf die Idee gekommen ist, darauf hinzuweisen, dass Bettina Vollath in ihrer Rolle als Integrationslandesrätin doch versucht hat, möglichst breit in dieser steirischen Gesellschaft einen Prozess anzuleiern, wo sich die Stakeholder nicht nur identifiziert haben, die NGOs für die MigrantInnen und die Politik, sondern da waren dabei von der Wirtschaftskammer usw. wirklich die Leute, die über Integration arbeiten, nachdenken, Interesse haben, an einem Tisch zu holen und da weiterzuarbeiten, das ist nie aufgegriffen worden, nie thematisiert worden, dass da etwas da ist, auf dem man aufsetzen könnte und ich hätte mir dann erwartet, dass in der Stadt diese Charta hergenommen wird und da das kommunale Gegenstück dazu entwickelt wird und man dann zusammenspielt mit dem, was schon läuft. Und das ist schade und von dem her ist es leider eine halbherzige Debatte und man sieht, es ist ja auch eine halbfertige

Strategie, schade in Zeiten wie diesen, wo ein klarer und auch gut einbindender Diskurs niemandem geschadet hätte, sondern ein bisschen mehr Mut bewiesen hätte, als jetzt vor lauter Angst, dass zuviel darüber diskutiert wird, das schnell, schnell durchzuwinken. Schade, aber wie gesagt, wir werden trotzdem dranbleiben und uns weiter sehr aktiv einbringen (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat, meine geschätzten Damen und Herren! Wenn Sie ihr iPhone einmal zur Hand nehmen und sich gerade die Schlagzeilen in der Republik Österreich wieder anschauen, dann wissen wir, dass es schön ist, dass wir heute über eine Strategie debattieren, aber wir werden in Österreich noch ganz andere Maßnahmen ergreifen müssen und zwar gemeinsam mit Bund, Ländern, mit der Europäischen Union. Ich habe gerade vorhin einen Blick darauf getan und wenn dann drinnen steht, dass gerade jetzt wieder die Zeltlager in Österreich nicht nur überfüllt sind, sondern dass wir gerade 3.000 Menschen im Flüchtlingslager haben, wenn wir wissen, davon sind über 500 junge Menschen dabei, junge Menschen, wie sie gerade oben bei uns auf der Galerie sind, die als unbegleitete Minderjährige jetzt herkommen. Wenn eine weitere Schlagzeile gerade ist, dass 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind, dann werden wir demnächst spüren in unserem Haus Österreich und verteilt auf Länder und Gemeinden, dass es sehr eng werden wir in diesem Europa und auch in diesem Österreich. Und es sollte jeder darüber nachdenken, welchen Beitrag er gerade leistet in der Dankbarkeit heraus, dass wir momentan nirgends hinflüchten müssen, weil wir Wasser haben, weil wir nicht verfolgt werden, weil wir nicht aufgrund der Religionszugehörigkeit abgeschlachtet werden, das ist das Hauptthema und ich freue mich, dass ein Stadtsenatskollege nicht neu anfängt, weil gerade Gott sei Dank sind wir Menschenrechtsstadt. Ich darf jetzt das 18. Jahr dabei sein und ich sage das noch einmal, in diesen 18 Jahren wurde jedes Jahr von Seiten der Politik und der Verwaltung mit unseren Unternehmungen daran gearbeitet, dass diese 155 Nationen, die in dieser

Stadt leben, die Menschen, die in dieser Stadt leben, miteinander gut auskommen und dass wir schauen, dass keiner auf der Strecke bleibt und wenn wir eine neue Geschäftseinteilung gemacht haben anlässlich der letzten Gemeinderatswahl und das Thema der Integration niemals ganz dem Bürgermeister abgenommen, aber einmal verteilt haben auf jene beiden Stadtsenatskollegen und -kollegin, die jetzt neben mir unmittelbar sitzen und gesagt haben, da geht es nämlich um das Wohnen und Leben und da geht es um die Ausbildung, um die Jugend und wie wir damit umgehen, dann sollten wir froh sein, dass wir heute eine Strategie wieder mitbeschließen können, die noch nicht das Ende der Fahnenstange ist, das wird es wahrscheinlich gar nie geben. Das wird noch viel dramatischer und massiver werden und ich sage auch dazu, weil jetzt das Land gelobt wurde, wir haben ja dem Bund und dem Land sagen müssen, dass sie sich um das Thema kümmern, dass es eine Querschnittsmaterie ist, dann ist es das erste Mal zu Sebastian Kurz und zur Bettina Vollath gekommen, die schreiben jetzt, wenn ich so sagen darf, Papierln, die wir in Graz schon längst geschrieben haben. Ich will nicht schlecht machen, ich war immer mit dabei, habe es auch unterstützt, freue mich auch, dass die Charta des Zusammenlebens nicht nur in einer Gemeinde und in einer Stadt gelebt werden soll, sondern dass möglichst alle steirischen Gemeinden mittun. Wie weit wir weg sind, sehen wir nämlich eh dann, wenn auch die anderen Gemeinden gefragt werden, ob sie Menschen aufnehmen oder nicht aufnehmen. Ich habe mich über Wahlergebnisse der freiheitlichen Partei in der Steiermark wirklich nur wundern können, genau dort, wo die Fremden sind, vielleicht ist es eh so, dass es einmal notwendig ist, dass in vielen anderen Gemeinden auch Menschen untergebracht werden, genau dort, wo die Fremden sind, habt ihr schlecht abgeschnitten, überall dort, wo Menschen nur die generelle Angst und Sorge haben, habt ihr relativ starke Ergebnisse einfahren können. Wird euch so nicht gefallen, aber ich war immerhin stolz drauf, dass die Stadt, in der die meisten Menschen als Asylwerber, als Migrantinnen und Migranten leben, gesagt habt, wir müssen einen gemeinsamen Weg suchen. Und der Herr Stadtrat legt eine Strategie vor, dazu gratuliere ich ihm und ich bitte Sie alle noch einmal, sich zu überlegen, ob man da

mitgeht oder nicht mitgeht (*Applaus ÖVP*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Herr Bürgermeister! Ich möchte jetzt die Diskussion nicht noch einmal entfachen, aber ich möchte schon einige Sachen klarstellen. Die Frau Gemeinderätin Ribo meint, und auch die Frau Stadträtin Rücker, dass dieser Prozess nicht breit genug und nicht lang genug angelegt war. Also noch breiter und noch transparenter kann man das wirklich nicht machen und wir haben alle Grundlagen, die es bisher gegeben hat, ob das die alte Strategie war, ob es der STEK war, haben wir hergenommen und darauf haben wir aufgebaut. Und mir kommt schon vor, liebe grüne Partei, dass es einfach so ist, dass ihr ein Problem habt, dass ihr nicht selbst die Integrationsstrategie geschrieben habt. Ich denke, dass ihr, glaube ich, davon ausgeht, dass ihr die Integration gepachtet habt und ich denke, dass das schon problematisch ist, auch habe ich erfahren, dass ihr einige Gruppen quasi fast mitbeeinflusst habt bei dieser Strategie und das ist aus meiner Sicht sehr bedenklich und das würde ich auch gerne mit euch noch nachbesprechen. Weil ich glaube, dass wir nicht, und es soll niemand irgendeine Gruppe instrumentalisieren, sollen überhaupt, wenn, alle Gruppen miteingebunden werden. Das klingt jetzt ein bisschen kryptisch, aber das möchte ich mit euch auf jeden Fall nachbesprechen. Zur Frau Gemeinderätin, Sie war ja im Ausschuss im Gegensatz zu dir, Astrid. Weil du trumpfst da auf heraußen und warst in Wien. Wenn es dir wirklich so wichtig gewesen wäre, dann wärst du auch bitte in den Ausschuss gekommen. Die Kollegin war mit dir gemeinsam vor drei Wochen in etwa bei mir im Büro, da haben wir die Integrationsstrategie vorgestellt, dann seid ihr gekommen und habt gesagt, die fünf Säulen passen euch nicht, ihr hättet gerne noch eine Säule sechs und sieben, nämlich die Säule Rassismus, also Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung, wenn ich mich recht erinnere, und auch eine Säule der Verwaltung. Das hat deine Kollegin auch im Ausschuss noch einmal vorgetragen. Ich glaube, deine Kollegin wird zustimmen, wir haben das ausdiskutiert, die ExpertInnen

haben uns wirklich abgeraten, dass wir jetzt noch eine Säule sechs und sieben anhängen, wenn diese Themen Querschnittsthemen sind und bereits in den fünf Säulen enthalten sind. Und irgendwie waren diese Themen dann weg und jetzt kommt ihr schon wieder mit dem nächsten kritischen Moment, es waren zu wenige Leute eingebunden oder der STEK ist nicht berücksichtigt worden. Wir haben den STEK noch einmal zur Hand genommen, haben uns alles durchgesehen, wir haben wirklich alle Punkte enthalten, ja, der Punkt mehr Grünraum fehlt in unserer Strategie. Aber, liebe Frau Kollegin, das Stadtentwicklungskonzept haben wir hier im Gemeinderat beschlossen, das geht ja nachher nicht ab, also das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Was die FPÖ betrifft, sogar der Armin Sippel hat auch angemerkt, dass dieser Prozess eigentlich vorbildlich war, wir haben alle miteingebunden. Ich möchte jetzt auch gar nicht mehr näher eingehen, ich glaube, du dürftest da gar nicht mit deiner Fraktion zustimmen, weil sonst würde in Wien, glaube ich, der Deckel hochgehen. Aber einen Punkt möchte ich schon sagen, was den muttersprachlichen Unterricht betrifft. Lieber Armin, wenn du die Strategie auch ganz genau gelesen hättest, es kommt in keiner Silbe der muttersprachliche Unterricht vor.

*Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Habt halt einen anderen....*

StR. **Hohensinner**, MBA: Was die Lisa Rücker auch noch sagt, der Querschnitt, das wurde mit ihr nicht besprochen. Mein Abteilungsvorstand, der Günter Fürntratt, hat alle Abteilungsvorstände zu sich gebeten, hat die Strategie präsentiert und es waren alle froh, dass wirklich alle Abteilungen miteingebunden waren und sie werden auch die Integration in den jeweiligen Abteilungen mittragen. Du müsstest einfach mit deinem Abteilungsvorstand reden. Und jetzt möchte ich gar nicht mehr weiterreden,

ich freue mich, dass wir wirklich so eine breite Zustimmung bekommen und dass jetzt ganz Links und ganz Rechts nicht die Strategie mitträgt, das tut nicht so weh, ich glaube, dass es gut ist, dass wir eine breite Mehrheit haben und wir werden noch die Gelegenheit haben, diese Strategie zu ergänzen. Danke (*Applaus ÖVP*).

***StR. Hohensinner, MBA übernimmt um 15.25 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Herr Bürgermeister, nur bevor Sie weg sind. Ich habe nicht gesagt, zurück an den Start, ich habe gesagt, bitte die Grundlagen miteinbeziehen. Wir haben... für die Strategieerarbeitung, wir haben die STEK-Geschichte, wir haben die Charta des Zusammenlebens, wir haben die Evaluierung, wir haben wahnsinnig viel Vorarbeit von der Brigitte Köksal, die wirklich verbrannt ist für diese Arbeit in diesem Bereich und dann steht da drinnen, wir haben im Herbst ein Brainstorming gemacht, wie Soziologie definiert Integration, das tut weh, das ist das, was wehtut, wir haben in der Stadt schon so viel mehr in diesem Bereich geleistet und das nicht aufzunehmen, das zu ignorieren und den NGOs einen Termin kurzfristig vorzuschreiben, den Integrationsprechern, das ist ein Stil, den verbiete ich mir.

***Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Um Gottes Willen.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Da könnt ihr wieder ruhig sagen, die Grünen, das ist mir wurscht, das ist der Punkt, wir arbeiten anders. Schaut einmal nach Tirol, schaut nach

Vorarlberg und schaut nach Salzburg wie dort Integrationspolitik gemacht wird, Gott sei Dank. Aber nehmt uns in der Beziehung ernst, dass ihr die Leute, von denen ihr sprecht, einbezieht. Und, lieber Kurt, wenn du sagst, wenn du in dem Papier drinnen hast den Menschenrechtsbeirat und der ist kein einziges Mal informiert worden, dann ist das Chuzpe, Chuzpe zu sagen, wir sind Menschenrechtsstadt, Herr Bürgermeister, und der Menschenrechtsbeirat wird nicht einmal belangt mit der Materie, das ist daneben. Sorry (*Applaus Grüne*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Liebe Frau Gemeinderätin, ich möchte nur festhalten, ich glaube, die Stadt Graz kann sehr stolz sein auf die Integrationsarbeit, irrsinnig viel Projekte haben den Ursprung in unserer Stadt, ich sage nur die Lerncafés oder die Integrationsassistenten, das sind alles Projekte, die hier in Graz entwickelt wurden und die von Integrationsminister Kurz in ganz Österreich dann auch wirklich umgesetzt wurden (*Applaus ÖVP*).

***Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) abgelehnt.***

***Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Grüne) angenommen.***

***Der Zusatzantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

**Berichterstatterin: GR.<sup>in</sup> Bergmann**

15) StRH-063203/2014

Vorprüfung des Rechnungsabschlusses  
2014 (konsolidiert)

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Der Rechnungsabschluss der konsolidierte, wurde ja bereits vergangene Gemeinderatssitzung beschlossen. Offen ist noch die Vorprüfung, also der Prüfbericht des Stadtrechnungshofes. Dieser wurde am 8. Juni in der Sitzung des Kontrollausschusses vorgelegt und beraten. Es wurden in diesem Prüfbericht folgende Aussagen und Feststellungen zusammengefasst: Der konsolidierte Abschluss zeigte nach Berücksichtigung der Zinsenlast einen Überschuss. Dieser deckt er allerdings die Investitionen des laufenden Jahres nicht zur Gänze ab. Die laufenden Einnahmen erreichten 2014 rund 956 Millionen Euro, das heißt, es entstand hier ein Zuwachs, der Zuwachs von rund 44 Millionen Euro, der wurde aber in erster Linie aufgrund von Einmaleffekten lukriert und das vorwiegend im städtischen Bereich. In den laufenden Ausgaben der Unternehmen sowie in den laufenden städtischen Einnahmen waren zirka 10,5 Millionen Euro aufgrund einer Nachverrechnung der Benützungsabgabe enthalten, welche die Holding Graz an die Stadt zu entrichten hatte. Diese Zahlung wurde nicht konsolidiert. Das heißt, es war bei den Unternehmen eine Ausgabe und bei der Stadt eine Einnahme. Was die Stadt Graz betrifft, so war der Saldo 1, 2, 3 sowie auch das Maastrichergebnis stark von diesen positiven Einmaleffekten geprägt. Mit wachsender Besorgnis, wie auch schon in den vergangenen Jahren, hat der Stadtrechnungshof auch 2014 festgestellt, dass, sieht er eben die Beschlussfassungen im Bereich der Neuinvestitionen und er macht auch wiederholt aufmerksam, dass es hier in den nächsten Jahren zu einem weiteren Anstieg der sogenannten Folgekosten kommen wird und diese Folgekosten würden sich einschränkend auf die budgetären Handlungsspielräume in den nächsten Jahren herausstellen. Das Betriebsergebnis der Unternehmen verschlechterte sich von 2013 auf 2014 um rund 29 Millionen Euro, das heißt, von minus acht Millionen auf rund minus 37 Millionen Euro. Dies ist aber auch zurückzuführen auf diese Nachverrechnung der Benützungsabgabe auf die Nichtabgeltung des Verkehrsfinanzierungsvertrages in

Höhe von 18 Millionen Euro und einen Einmaleffekt, der aufgrund einer Auflösung einer Rückstellung für Entsorgungskosten in der Steyrergasse zustande gekommen ist. Ohne diese einmaligen Effekte hätte sich allerdings das Betriebsergebnis der Unternehmen von 2013 auf 2014 verbessert. Die Abschreibungen waren ja nicht zahlungsunwirksam, diese ließ man außer Ansatz und aus diesem Grund wurde ein positives EBITDA von rund 18 Millionen Euro erzielt. Im Kontrollausschuss wurde der Prüfbericht einstimmig angenommen, ich bitte daher auch um Annahme im Gemeinderat. Danke.

Die Berichterstatterin stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

***Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.***